

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Einget. in der Post-Zeitungsb. Preussische für 1893 unter Nr. 6919

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Erstausgeber: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 13. April 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der 1. Mai.

In allen Ländern der Erde bereitet das arbeitende Volk sich auf den 1. Mai vor. Für Deutschland ist der Kölner Kongressbeschluss, der im Einklang mit den internationalen Kongressbeschlüssen den 1. Mai prinzipiell als Tag der Feier festsetzte, maßgebend gewesen. Von nirgends her wird die geringste Abweichung gemeldet, und die Nachrichten, welche uns zugehen, lassen keinen Zweifel, daß die Feier eine allgemeine und würdige sein wird. Nur an wenigen Orten, z. B. in Bremen, will man eine Nachfeier am Sonntag stattfinden lassen.

Unsere österreichischen Genossen stoßen dieses Jahr mehr als in früheren auf Uebelwollen und Widerstand der Bourgeoisie, die von einer Arbeitsruhe nichts wissen will.

Die österreichischen Arbeiter werden diese Schwierigkeiten zu überwinden wissen, deren Austausch ihnen beiläufig das schmeichelhafteste Zeugnis ausstellt. Denn der Widerstand der Bourgeoisie beweist, daß diese die Zustände nicht mehr für „gemüthlich“ hält und die Arbeiter ernstlich zu fürchten beginnt.

Aus Spanien, Italien, Belgien und der Schweiz erfahren wir, daß die Genossen durchweg mit den Vorbereitungen für den 1. Mai beschäftigt sind. Auch in Amerika und Australien wird das Weltfest der Arbeit dieses Jahr gefeiert werden wie noch niemals; und überall am 1. Mai.

Auch in England, dem einzigen Lande, wo bisher der erste Sonntag im Mai als alleiniger Festtag gegolten hatte, haben sich diesmal, dem Züricher Kongressbeschluss gemäß, sämtliche Organisationen geeinigt, um am 1. Mai Versammlungen in geschlossenen Räumen und Meetings im Freien abzuhalten.

Zu unserem Bedauern soll aber auch am ersten Sonntage im Mai eine große Kundgebung im Hyde Park stattfinden, und zwar zu Gunsten des Achtstundentags und des allgemeinen Wahlrechts.

In Frankreich sind unsere Genossen sehr thätig. Der von uns schon erwähnte Aufmarsch des Nationalrats der französischen Arbeiterpartei lautet vollständig wie folgt:

An die Arbeiter Frankreichs!
Genossen!

Zum fünften Mal macht die Arbeiterwelt sich bereit, den 1. Mai zu feiern, und damit die Solidarität des internationalen Proletariats und seinen Willen auf Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft, die aus der Ueberarbeitung und dem Elend der Erzeuger des Reichthums beruht, zu bekräftigen. Die sozialistische Arbeiterbevölkerung Frankreichs stand bei dieser Kundgebung, die aus dem Pariser Kongress hervorging, immer in erster Reihe. Sie wird auch dieses Jahr nicht verfehlen, ihre Pflicht zu thun. Sie

wird es um so weniger verfehlen, weil sie viel stärker geworden ist und weil ihr der Weg nur noch von einer durch den Panama-Skandal entehrten republikanischen Bourgeoisie versperrt wird, die, ein nach dem andern, ihre Prinzipien, auf welche sie gegründet ward, und die in früheren Zeiten ihre Größe ausmachten, abschwört und dazu verdammt ist, ihr unmögliches Heil in der niederträchtigsten Reaktion zu suchen.

Sie rühmt sich, ihre Minister aus dem Blute der Rue Transnonain*) unter den Mörderhand der republikanischen Elite von damals, der Godefroy Cavaignac, der Barbès und der Blanqui zusammengelesen zu haben.

Sie schämt sich nicht, ihre Verbindungen in Europa an den Grenzen der asiatischen Barbarei zu erbetteln, sie, die Geistes- oder die Mitschuldige des Jarrismus, der, die Taschen von ihren Milliarden angefüllt, sich in die Arme des kaiserlichen Deutschlands stürzt.

Ihre innere Politik, die bis jetzt von dem Rufe Gambetta's: „Das Pfaffenhum, das ist der Feind“, beherrscht war, liefert jetzt dem Haupt der „schwarzen Internationale“, dem Italiener Leo XIII., die Schlüssel des Staats aus und öffnet sperrweit die Thore der Republik den Verschwörern gegen die Republik.

Sie lebt von den Kochtöpfen der Anarchisten, denen sie Ausnahmestellung gegen den Sozialismus entnimmt, genau, wie der letzte der Bonaparte aus den Orsini-Bomben das allgemeine Sicherheitsgesetz gegen die Fortschritte der republikanischen Idee herausholte.

Als wenn zwischen den ebenso gefähigen, wie ohnmächtigen Dynamitbilden und der großen Partei der sozialen Umgestaltung jemals etwas Gemeinsames bestanden hätte und bestehen könnte!

Es nicht gerade unser 1. Mai selbst die deutlichste Bekundung des breiten und tiefen Abgrunds, der zwischen dem Individualismus der Anarchisten und dem Kollektivismus der revolutionären Arbeiter von jeher bestanden hat?

Haben nicht alle internationalen Kongresse, die diese Welt-Manifestation eingeführt und aufrecht erhalten haben, gleichzeitig die „Propagandisten der That“ aus ihrer Mitte entfernt und von der sozialistischen Gemeinschaft ausgeschlossen?

Haben nicht jedes Jahr, unter dem Vorfall der Bourgeoisie, die Anarchisten der Mobilmachung des gesamten Proletariats sich entgegen gestellt, und diese riesenhafte Kraftleistung aller Zeiten, die zum Zweck hat, der herrschenden und bestehenden Klasse für die Massen, die allen Reichthum hervorbringen und dabei alles entbehren, ein bißchen materiellen Vortheils zu entreißen, als seligen Verrath benutzte?

Und als die Anarchisten gegen jeden Gedanken der Besitzergreifung der Staatsmacht durch die als Klassenpartei konstituirten Arbeiter protestirten — auf die „Stimmlinge“ (votards) schimpften und die Arbeiter von der Wahlurne fern zu halten suchten — war es da nicht die Arbeiterpartei, unsere Partei, die

*) Im Mai 1893 erhoben sich die Republikaner gegen das Bürgerkönigtum. Der wohl vorbereitete Aufstand, an dem Blanqui, Barbès und Gottfried Cavaignac, der Bruder des berühmten „Junischlächters“, theilnahmen, wurde nur mit Mühe und nach langem Kampf niedergeworfen, obgleich die Zahl der Aufständischen gering und der Kampf von Anfang an auf die Transnonain-Strasse beschränkt war.

den Arbeitern als Ziel gab: die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts in den Staaten, wo es noch nicht besteht (Belgien, Holland, Oesterreich), und die Eroberung der politischen Gewalt durch das allgemeine Stimmrecht da wo es besteht (Frankreich, Deutschland, England)?

War dies nicht die einzige und beständige Politik der französischen Arbeiterpartei, seit sie vor 15 Jahren aus dem sterblichen Pariser Kongress hervorging?

So kam es, Genossen, daß, nachdem wir 1892 am 1. Mai uns durch das Stimmrecht einer Anzahl von Gemeinden bemächtigt hatten, im letzten Jahre die Thore des Parlaments sich und öffnen mußten, und wir in die Kammer die erste Avantgarde von 50 Sozialisten einrücken lassen konnten, deren bloße Gegenwart hinreichte, um innerhalb weniger Monate die Achse der parlamentarischen Welt zu verlegen, und nur noch zwei Parteien, die beiden einander belämpfenden Klassen, bestehen ließ.

Auf der einen Seite alle diejenigen ohne Unterschied des religiösen und politischen Bekenntnisses, die eine ebenso ungerechte wie impotente gesellschaftliche Ordnung aufrecht erhalten wollen; — auf der anderen Seite alle, die, der unvermeidlichen Umgestaltung sich bewußt, entschlossen sind, zum Heile Aller, die ökonomische Umwälzung, die aus der Wissenschaft und deren Anwendung hervorgeht, sich vollziehen zu lassen.

Diese sozialistische Minderheit, welche die kommende Regierung, die Regierung der Zukunft darstellt, ist es, an welche sich heute alle Wünsche, alle Forderungen, und die Delegationen des französischen Proletariats wenden müssen, das am 1. Mai die Arbeit unterbrechen wird.

Am dem Proletariat ist es jetzt, seine Beschwerdenhefte*) den Gewaltthabern zu präsentieren — die Bourgeoisie hat keine Wünsche mehr, als den, ihre Gewalt noch zu verlängern.

Lassen wir die Todten ihre Todten begraben. Wir erwarten, daß aus allen Orten des Landes dem schon sozialistischen Theil der öffentlichen Macht, welche unser geworden ist, der gläubende und unerschütterliche Wille des arbeitenden Frankreichs sich kund giebt, daß durch so dringende Reformen, wie die Beschränkung der Arbeitszeit, die unvermeidliche soziale Revolution vorbereitet werde, die nur noch eine Frage der Zeit, einer sehr kurzen Zeit, ist.

Scheuz man sich nirgends, durch Feste den baldigen und sicheren Triumph einzuleiten. Wir sind jetzt schon die Herren unseres Schicksals.

Auf Genossen!
Auf für den Achtstundentag, für die Vereinigung der Proletarier aller Länder, und für die Befreiung der Arbeit und der Gesellschaft!

Es lebe die Arbeiterpartei!
Es lebe der erste Mai!
Der Nationalrath:
René Chauvin, G. Grévin, S. Dereure,
Ferroul, Jules Guesde, Jourde, Paul Lafargue, Noufflet, Perrovi,
Bürgerinnen M. Valette, M. Jévaiss.
Paris, den 31. März 1894.

*) Die Cahiers (Hefte) enthielten in der alten ständischen Verfassung die Forderungen und Wünsche der Stände.

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

„Ein neuer Wink von oben!“ versetzte Ben David: „Das Büblein heißt wie der Curre, und leicht kann auf seinem Dorje der Name also abgeklärt worden sein.“

„In der That!“ meinte Margarethe, die Zähnen trockenend: es ist außerordentlich, und alles fügt sich besser, als man's wünschen kann. Komm her, mein Knabe! wirft Du mich lieben?“

Sie zog den Buben an sich, und küßte seine Stirne: er starrte aber zu ihr empor, spielte mit dem goldenen Kreuz an ihrem Hals, und fragte: „Wer bist Du denn, gute Frau?“

„Et, das ist ja Deine Mutter!“ antwortete ihm Ben David kurz und bestimmt. — Der Knabe aber lächelte ungläubig und schüttelte zweifelnd mit dem Haupte.

„Das ist Deine Mutter, und ich bin Deine Pflegemutter,“ bedeutete ihm Willbild ebenfalls. Der Knabe sah sie groß an und schien zweifelhaft zu werden. „Wo ist denn die Gudel und das Hänschen?“ fragte er ein wenig kleinlaut.

„Gudel ist fortgegangen und kommt nicht mehr wieder,“ nahm Ben David das Wort, da die Frauen des Knaben Rede nicht begriffen: „Hänschen ist aber schwarz geworden, weil Du so lange ausgeblieben,“ setzte er hinzu, und wies auf den kleinen schwarzen Spitzhund, der zu den Füßen der Altbürgerin auf einem zierlichen Polster schlief.

Der Knabe schlug verwundert die Händchen zusammen, warf dann noch einen prüfenden Blick auf Margarethe's

Antlitz, das bekümmert und freundlich zu ihm niedersah und flüsterte hierauf dem Juden halb laut zu: „Die ist aber doch die Mutter nicht.“

„Ungerathener Bube!“ rief Diethers Gattin, durch einen Wink Ben Davids unterrichtet, und ihre Augen bligten zürnend auf den blöden kleinen Hans; „wilst Du mich wohl gleich wieder erkennen? schon zu lang dauert das Possenspiel, Sprich, wenn Du nicht die Ruthe kosten willst; bin ich Deine Mutter, oder nicht?“

Der Knabe krümmte ängstlich seinen Rücken, faltete die Hände, und rief, in der Scheltenden Schooß geschmiegt: „Liebe Mutter, schlage mich nur nicht. Hans will gut sein, und er weiß ja, daß Du seine Mutter bist. Nur nicht schlagen.“

„So laß' ich's gelten!“ erwiderte Margarethe, und reichte ihm versöhnt einen Zuckerladen: „Sei nur immer gut und folgsam, und Du wirst auch den Vater zu sehen bekommen.“

„Den Vater?“ fragte der Knabe: „ich habe keinen mehr.“
„Doch, doch, mein Jüngelchen!“ redete ihm Ben David zu. „Einen guten und liebevollen Vater, der Dich lieben, reich beschenken und unter lauter Freude und Vergnügen großziehen wird.“

„Das ist schön, daß ich einen Vater habe, und eine Mutter, die mich nicht schlägt!“ rief hierauf Hans ganz erfreut, und ließ sich, in den Zuckerladen beißend, vertraulich auf dem Polster des Hänschens nieder, das bald gute Freundschaft mit ihm machte, und seinen Kuchen mit verzehren half. Während nun die Weiden spielten, und Frau Willbild sich hineinmischte, um den Knaben mit sich belohnen zu machen, folgte Ben David Margarethe in ihr Schlafgemach, wo die Bedingungen des Verkaufs festgesetzt wurden. Nicht geringe waren sie, denn als Ben David, mit Beuteln und Verschreibung beladen, davon zu gehen in Begriff war, sagte ihm Margarethe: „Du verstehst es, Jude, Deinen Vortheil zu beachten. Der Kinderhandel schlägt Dir gut ein.“

„Was wollt Ihr, edle Frau, und was redet Ihr da?“ fragte Ben David mit schlauer Aufrichtigkeit: „Kinder sind doch Gottes Segen, und den bezahlt man nie zu theuer. Am allerwenigsten, wenn man damit gewinnt Erb und Gut. Dem alten Herrn blüht gewiß kein Sohn mehr. Ihr seid zu fromm, um zu beglücken den Freund statt des Ehemanns. Und dennoch muß der Sohn der ersten Ehe ausgeschlossen bleiben und Priester werden, und nimmer den Dispens gewinnen, den Stamm fortzupflanzen in Ermangelung anderer Erben. Der Knabe, den ich Euch überlasse, ist dennoch allzuwohlfeil erkauft, als Euer größtes Glück und Heil.“

„Doch der tiefsten Verschwiegenheit darf ich mich zu Dir versehen?“ fuhr Margarethe mit durchdringendem Blicke fort: „Wenn Du treulos sein könntest...“

„Beruhigt Euch, gute Frau“, antwortete Ben David lächelnd; „wäre ich ein Christ, so würde ich Euch leisten einen Schwur, und ihn hinterher vielleicht erst nicht halten. Als Jude darf ich nicht schwören einen Eid ohne den Rabbi, und dann erst müßtet Ihr mir glauben aufs Wort, ob ich recht geschworen habe oder nicht; denn ich verstehe Euer Deutsch, aber Ihr nicht mein Hebräisch. Verlaßt Euch deshalb auf ein sicheres Pfand: auf meinen Hals. Wenigstens an mein Leben ginge es, läme es heraus, daß ich ein Christenkind verschächert; und mein Leben ist mir lieb, ist's gleich nur ein elend Judenleben. Gehabt Euch wohl, und versichert Euch nur der Weiberzunge, die Euer, unser Geheimniß theilt.“

Hierauf entfernte sich Ben David schnell, und Margarethe krümmte nicht, seinem Wink zu folgen und die halb verlegene, halb froh sich benehmende Willbild zur Bewahrung des Gelübdes aufzufordern, das sie geleistet.

„Ihr könnt mir led vertrauen, beste Frau!“ versetzte Willbild; „mir fällt ein Stein vom Herzen, daß ich nicht des edlen Herrn Unwillen aushalten muß, der fürchterlich gegen mich entbrennen würde, träte ich vor ihn hin und meldete ihm den Unfall, der seinem Söhnlein widerfahren. Aber... wenn ich mich nur überzeugen könnte, daß es

Leist-Wehlau überall.

Die Sendboten der christlich-deutschen Kolonialpolitik zivilisieren mit Hüpfperdpeitsche, mit Galgen und Hinterlader, durch Sengen und Brennen die wilden Barbaren im Osten und Westen des schwarzen Erdhells. Soeben dringt wieder neue Kunde aus Kamerun zu uns herüber, wo der Bizanzler Leist, den ja endlich die deutsche Reichsregierung zurückberufen hat, die Dahomeerleute so trefflich behandelte. Wir meinen die Tagebuch-Blätter eines in Kamerun bekannten Deutschen, die in der „Neuen Deutschen Rundschau“ veröffentlicht worden sind. Greuelvoll sind diese Enthüllungen, aber sie stimmen zum Ganzen, sie zeigen, daß die Leist's und Wehlau's der Typus des europäischen Kulturmenschen auf dem Kolonisationspfade sind.

Denn die Geschichte der Kolonialpolitik ist mit Blut geschrieben, und jedes Blatt, das vom Kampfe der Zivilisation gegen das Barbarenthum erzählt, ist für die christlichen, die gebildeten, die gesitteten Europäer ein Denkmal der Schande. Es verlohnt sich, aus der neueren Zeit eine Reihe von Thatsachen anzuführen, die beweisen, daß die kapitalistischen Kreuzzüge der Kulturvölker in die Reiche der Barbarei, die von der alten Welt als Hinterländer, als Goldquellen, als Absatzmärkte für den Ueberfluß europäischer Erzeugnisse ausgebeutet werden, nichts sind als die schamlosesten Raubkriege, trotz Wehrhauchst und Wehrwedeltshau, trotz Gefangenschaft und Bibel, trotz Missionaren und Befehlungen. Der religiös-kulturelle Aufspund vermag die parties honteuses des Erobererthums nicht zu verhüllen.

Wie die Konquistadoren Spaniens und Portugals, Englands und Hollands in den ersten Jahrhunderten der Kolonialpolitik, dieses nothwendigen Bestandtheiles der jungen bürgerlichen Wirtschaftsweise, gewüthet haben, ist bekannt. Die wilde Urbevölkerung wird massakriert; was Pulver und Blei nicht vermochten, raffen europäische Seuchen, Pocken und Syphilis, rafft der Branntwein dahin. Nach der Schätzung des bekannten Bischofs Las Casas vom Jahre 1552 wurden in Amerika innerhalb 40 Jahren der Eroberung 12 Millionen Eingeborene vertilgt. Die holländische Kompagnie führte, wie Hengel in seiner lehrreichen Abhandlung über die neueren Kriege der Zivilisation gegen das Barbarenthum feststellt, gegen die Bewohner der Insel Banda, der niederländisch-indischen Besitzung in der Molukken-Gruppe, um der Muskatnüsse willen so lange Krieg, bis die Inselulaner völlig ausgerottet waren. Denn einträglich ist der Gewürzhandel, und Muskatnüsse sind theurer als Malapenenleben.

Das vielgepriesene neunzehnte Jahrhundert sah furchtbare Greuel. Die Kriegsführung der Russen in den Kaukasuskriegen (1830—1865) gegen die freien Bergvölker war die: die Dörfer niederbrennen, die Ernten und das Winterfutter vernichten, die Felder verwüsten, die Bevölkerung niedermegeln, Weiber, Greise, Kinder. Wie der General Kaufmann, dieser Schinderhannes der russischen Armee, gegen die Turkmanen gewüthet hat, ist bekannt. Im indischen Spahi-Aufstand ließen die Engländer die Aufständischen „auf nichts laugen“, d. h. anhängen oder weglassen, d. h. vor die Kanonen binden und in Stücke schießen. Bei der Erstürmung Delhi wurden die Männer gemordet. Der fremde General Havelak stärkte sich mit seinen Soldaten durch tägliches Gebet zur Mordarbeit. General Campbell ließ in Indore 200 Gefangene aufknüpfen. In einem Briefe aus Peshawar im Pendischah heißt es: „Ein benachbartes Fort wurde vom 55. Regiment der Eingeborenen in offener Meuterei besetzt gehalten. Nach der Eroberung wurden 150 niedergeschlagen und 9 erschossen, die Flüchtigen aber von den Bergbewohnern, denen 10 Rupien für den Kopf versprochen waren, erschlagen. Von den 200 lebendig eingebrachten Gefangenen wurden 40 vor Karrenmündungen gebunden und in Stücke geschossen; die Gebeine und Köpfe flogen wirt durch die Luft. Aber ich glaube und hoffe, daß wir nur gethan haben, was die Pflicht heischt.“ Am 28. Juli 1859 feierten die Engländer ein kirchliches Dankfest für die Niederwerfung der Meuterei. Die Zivilisation mußte schon

damals, nicht erst in do sideo, wo ja die Frömmigkeit höflich-bourgeoise Mode geworden ist, christlich die Hände zu falten und die Augen bei frohem Tebeumsang zu Ehren des Geldsackes zu verdrehen. Ist aber Ostindien nicht auch ein wahrer Schatz für den fahrenden, den agiotirenden, den exportirenden John Bull?

Die Franzosen unterwarfen Algier, dessen Stämme heldenmüthig für ihre Selbständigkeit kämpften, mit allen Mitteln der rohesten Gewalt. Die Landsknechte Louis Philippe's waren nicht minder grausam wie die Henker des Louis Bonaparte. General Bugeaud zahlte für jeden Kabylenkopf, der ihm gebracht wurde, 10 Franks und für jedes Ohrenpaar 6 Franks. Am 18. Juni 1845 löst der Oberst Bellissier einen ganzen Stamm Kabylen, an 1000 Männer, Weiber und Kinder, in der großen Höhle von Dahra, wohin sie sich geflüchtet hatten, durch Rauch erstickten, weil sie sich auf die harten Bedingungen, die ihnen Bellissier stellte, nicht ergeben wollten. Das Feuer ward vor den Oeffnungen der Höhle zwei Tage und zwei Nächte lang unterhalten, die Soldaten wurden zwangsweise dazu verwendet. Es war für sie, heißt es in einem Bericht der „Reforme“, eine gräßliche Arbeit inmitten des Geschreies und Getöses im Innern. Lange erhob sich eine zweiseitige Feuermauer vor den Oeffnungen. Am Morgen des 20. war nichts mehr übrig als ein niedergebrannter Gluthaufen und auch nichts mehr zu hören. Man drang man hinein. Man mußte zwanzig Schritte über Todte und Sterbende gehen. Im Hintergrunde fand man aufrechtstehende Leichen, mit dem Gesicht nach den Spalten hin, um Luft zu schnappen. Viele waren von niedersinkenden Felsstücken zertrümmert, eine große Zahl hatte tiefe Wunden; ohne Zweifel hatte ein schrecklicher Kampf stattgefunden. Als im Jahre 1853 ein Theil des Kabylenstammes der Beni-Meraias die Geißeln und Kriegskontributionen nicht pünktlich brachte, ließ der bonapartistische General Randon alle ihre Dörfer anzünden, ihre Ernten vernichten, ihre Fruchtbäume abhauen, ihre Krieger tödten und sagte in seinem Bulletin: „Diese Expedition machte unseren Truppen die größte Ehre.“

Im Jahre 1874 führten die Engländer, die in Afrika das „Enteignen“ viel früher und erfolgreicher begonnen haben, als der nachhinleude deutsche Reichsniel, ihren Krieg gegen die Ashantis mit schwarzen Hilfskräften, von denen die Haussas den gefangenen und verwundeten Feinden den Hals abschnitten, während die Vornymelente als Kannibalen die Erschlagenen anföhen. In Süd-Afrika wurde die Nordpolitik systematisch betrieben, alles zu Anz und Fremmen des süßen Handels und der Kolonialkapitalisten. Schon im 17. Jahrhundert zöhlte die holländische Regierung im Kapland für die Oberlippe eines Eingeborenen ein Schußgeld, die Engländer fuhrten in der Ausrottung der Kaffern „unentwegt“ fort und hielten so das „stummeprobte Banner“ der Kultur hoch. Die Gontentotten und die Buschmänner in den Kapbezirken wurden durch sogenannte Kommandos, d. h. durch Treibjagden, planmäßig vertilgt. Die Wilden lernten erst von den Weibern, wie arbeitsmäßig festzustellen sei, die unmenschliche und blutdürstige Kriegsführung und zeigten sich dann ihrer Lehneister würdig. Sie, die von ihrem Grund und Boden gejagt, die gehetzt und geschunden wurden, äbten aber doch nur Nothwehr. Früher schonten die Gontentotten in ihren Kriegen stets Weiber und Kinder; nachdem die Engländer und Boers sie gelehrt, wie man zivilisiert, vergelten sie Gleiches mit Gleichem und schonten Niemand mehr.

Nicht minder rücksichtslos wirtschafteten die Yankee's gegen die Rothhäute. Immer weiter dringt die kapitalistische Kultur, immer mehr wird den Indianern der Wohnungsraum verengt. Das „rothe Ungesieher“ wird erbarmungslos ausgerottet. Im kalifornischen Feldzuge 1859 tödtete General Ribbe in 15 Gefächten 400 Rothhäute, darunter Weiber und Kinder, ja sogar Säuglinge. Die kalifornische Regierung zahlte der Bande Ribbe's dafür ein Blutgeld von 7000 Dollars. Der Indianerkrieg im Jahre 1864 wird durch die Unionsregierung brutal provozirt. Am 29. November 1864 überfällt eine Nothe Unions-

soldaten unter Oberst Chivington eine harmlose Indianerschaa am Sandy Creel und würgt Groß und Klein auf die schenlichste Weise ab. Die Einwohner der Gemeinde Dwyhu im Territorium Idaho, kirchenstrenge Quaker und fromme Christen, beauftragen eine Schaar von 25 Leuten, auf die Indianerjagd zu ziehen. Für jeden Bodskalp (d. h. für jede Kopfhaut eines erwachsenen Indianers) werden 100 Dollars bezahlt, für jeden Squaw (das heißt Frauen-) Skalp 50, für Skalpe von Kindern unter zehn Jahren 25 Dollars. An jedem Skalp muß noch die Stirnlode sein; jeder Ueberbringer muß eidlich bekräftigen, daß der Skalp von einem Mitglied der Bande einem Indianer abgezogen ist. Die Bevölkerung von Central-City in Colorado setzt eine Prämie von 5000 Dollars für Indianerskalps mit den Ohren aus, das Stück zu 20 Dollars.

In Sonora hat 1876 die mexikanische Regierung 5000 Dollars als Prämie für Skalpe der Apatsche-Indianer ausgesetzt. Die Ueberfallenen wurden niedergemacht, als Gefangene lebendig skaliert oder verbrannt, die Frauen und Kinder in die furchtbarste Sklaverei geschleppt.

Wie haben die Weiben in Australien gehaust? Die Engländer auf Neuseeland haben das tapfere, sehr bildungsfähige Volk der eingeborenen Maoris, deren Ueberreste heute das Wahlrecht in Neuseeland haben, bezimert. Ein deutscher Forscher schreibt darüber: „Die Geschichte der Besignahme oder sogenannten Kolonisation Neuseelands ist eine Geschichte unüberbotener Niederträchtigkeit, der sich die christlichen Engländer schuldig gemacht haben. Nie ist das gemeinste Räuber-system unter dem Deckmantel der Zivilisation so schmachvoll und so banditenmäßig offen und frech zur Schau getragen worden, wie von den Engländern auf Neuseeland.“ Ein Urtheil, das im Großen und Ganzen auf die europäische Kolonialpolitik überhaupt zutrifft! Ein Londoner Blatt schrieb 1860: „Die Maoris wissen, daß die Kolonisten nach ihrem Blut dürsten und in ihrer Vernichtung das schnellste Mittel sehen, die Ländereien in Besitz zu nehmen, wonach sie gierig sind.“ Die Eingeborenen wurden durch betrügerischen Tauschhandel, durch schmachvolle Verträge, durch rohe Gewaltthat ihres Landes beraubt. Das hieß man „Land kaufen“. Landhunger, Gewinnhunger, gemeine schäbige Plünderer liefern den Schlüssel zu der Kulturlendung des Europäerthums. Die Maoris setzten sich zur Wehr. Eine ihrer Versammlungen ward angegriffen, der englische Oberst stukt verwundet nieder. Ein Häuptling kommt heraus, ihn zu erquiden und wird niedergeschossen. Als 1866 neuseeländische Häuptlinge unterhandeln wollten, überfiel der Major Mac Donell des Nachts das Dorf Kaware und ließ alles niedermegeln.

Durch den Firnis der zivilisatorischen Phraseologie, womit sich die Kolonialpolitik schmückt, bricht mit elementarer Wucht ihre wahre Natur, die zügellose, unmenschliche, unauflöschliche Gewingier des Kapitalismus, der das Erdrund nach Absatzmärkten und Hinterländern, nach Naturerzeugnissen, nach Edelmetallen durchsucht und mitteleblos die Humanität mit Füßen tritt, mordet, raubt und brennt, alles zur höheren Ehre des Profits. Denn dreimal heilig ist der Profit, den auf seinem Triumphzuge durch Afrika, Asien, Amerika, Australien Wäffchen und Kutte sitzsa begleiten, um die Wildheit und die Barbarei der Eingeborenen emporzulandern zu reinem Aether der christlichen Menschlichkeit und Kultur. Diese christliche Kultur redet in allerlei Zungen, englisch, holländisch, spanisch, französisch und deutsch, aber ihre Rede allezeit und überall ist: Nebbach. Was darüber ist, ist von Uebel.

Wir lassen nun die Thatsachen aus unserer Musterkolonie Kamerun folgen, auf die sich der Leitartikel in seinen einleitenden Sätzen bezieht:

Am 18. März 1893. Ich erfahre interessante Einzelheiten über den Saloko-Aufstand. In den Berichten befinden sich zahlreiche Ungenauigkeiten. Herr Assessor Wehlau, welcher die Expedition führte, soll beim Niederbrennen der Dörfer salokisch befohlen haben, einigen alten Weibern die Hälse abzuschneiden; Männer konnte er nicht gefangen nehmen. Statt der im betreffenden Bericht erwähnten 150 Gefangenen sollen es deren nur 12 bis 15 gewesen sein. Matt, verwundet, halb verschmachtet, geschlagen und geschunden wurden diese — meist alte Frauen, Greise und Kinder — an's Land geschafft und unter Schlägen und Stößen in Ketten zum Gefängniß geführt. Drei sollen am Fuße des Flagenmastes, unter der wehenden deutschen Reichsfahne, vor Hunger gestorben sein.

Die in diesem „Feldzuge“ gemachten Gefangenen, soweit sie eben noch vorhanden sind, leisten jetzt Zwangsarbeit beim Hasenbau. Sie sterben aber alle weg, größtentheils wohl infolge der veränderten Lebensweise. Am 17. März 1893. Aus dem unter Führung des Assessors Wehlau unternommenen sogenannten „Salokofeldzuge“ erfahre ich heute wieder verschiedene Einzelheiten. Es soll wirklich grauenhaft gewesen sein. Die Gefangenen sind tagelang in der glühendsten Hitze auf dem Schiffe (Soden) an die Keelings derartig festgeschürt worden, daß in die blutrünstigen und aufgeschwollenen Glieder Wärmer sich eingensiet hatten. Und diese Qualtagelang in der Tropenhitze und ohne jede Labung! Als dann die armen Gefangenen dem Verschmachten nahe waren, wurden sie einfach wie wilde Thiere niedergeschossen.

Am 26. April 1893. Herr Wehlau soll übrigens in Victoria wieder ganz toll gewirtschaftet haben. Dr. Preuß schrieb dieses in einem Privatbrief an Lieutenant Schefstler, der es mir zeigte.

Am 4. Mai 93. Gerichtstag, abgehalten von Assessor Wehlau.

Ich werde einige Beispiele zur Illustration der hiesigen Rechtsverhältnisse anführen.

Eine Frau (Schwarze) verklagt ihren Mann, weil er sie schlecht behandle. Ohne irgend welche Beweisaufnahme und Zeugenverhör wird der Mann zu 50 Hieben verurtheilt und die Strafe sogleich vollstreckt.

Ein Schwarzer, August Bell, ist beschuldigt, eine Uhr gestohlen zu haben. Er wird vorgeführt. Das erste, was ihm vorgehalten wird, ist: es gibt nur zweierlei Wege, entweder er gesteht, er habe den in Frage stehenden Diebstahl begangen, oder er bekommt 50 Hiebe. Bell sagt aus: „Nein, ich habe die Uhr nicht genommen.“ Sofort wird er abgesetzt und erhält 50 Hiebe mit der Rhinogerospeitsche. Wieder vorgeführt, gesteht er auf weiteres Befragen, daß er die Uhr gestohlen habe. Er wird darauf zu sechs Jahren (schreibe und sage sechs Jahren) Gefängniß, 100 Mart Geldstrafe und 15 Hieben am ersten Sonnabend jeden Monats verurtheilt.

Aug. Bell soll während jener vorerwähnten

keine Sünde sei, einen unbekanntem Zweig auf solch' edlen Baum zu pflanzen.“

„Wenn ich es nicht für Sünde halte,“ entgegnete Margarethe stolz, „so denke ich doch wohl...“

„Ach, liebe Frau, alles gut!“ versetzte Willbild ängstlich; „bei Euch vornehmen Leuten ist das was anders. Kommt ein böser Fall auch hier und da vor, so könnt Ihr mit Geld Euch Ablass holen. Wir armen Leute haben aber nichts, als das nackte Leben, und unser Leutpriester zu Wiesbaden ist ein strenger gottesfürchtiger Mann, dem ich doch nächste Ostern den ganzen Handel beichten muß. Er ist im Stande, und schickt mich ohne Ablass aus dem Beichtstuhl, und dann ist es so gut, als ob ich vor der ganzen Gemeinde im Banne läge.“

„Sei unbesorgt!“ erwiderte hierauf Margarethe, „kümmt die Zeit heran, so mache Dir ein Geschäft zu Frankfurt, und lege Dein Sündenbekenntniß vor meinem Beichtvater, dem guten Barfähermönch Reinhold ab. Der wadere Priester fragt nicht nach Namen und näheren Umständen, und läßt Deiner Reue um so eher die gewünschte Besprechung angedeihen, als Du beschwören kannst, durch besagte Verweigerung einen unglücklichen Knaben glücklich gemacht zu haben.“

„Nun, so sei es denn in Gottes Namen!“ sprach Willbild und legte müthig ihre Hand auf das Kreuz, das ihr Margarethe vorhielt und in dem ein Spilitter von der Hirnschale der heil. Katharina eingefaßt war: „Da mein Seelenheil nicht gefährdet sein soll, so schwöre ich das mit aufgelegten Händen auf die Heiligen zu den Heiligen, daß ich Euch nimmer verrathen werde, so lange mir die Augen offen stehen, an niemanden, der da lebt und vom Weibe geboren ist.“

Hierauf küßte sie der Gebieterin die Hand und beide begannen nun zu berathschlagen, wie und wann der Knabe in das Haus seiner neuen Eltern eingeführt werden sollte. Der kleine Hans sah dabei, ohne von der Berathung etwas zu verstehen, spielte mit dem Spilthunde und liebste Margarethes Hand, und nannte sie ein Mal über das andere seine gute und liebe Mutter. — Ehe jedoch die Berathschlagung eine völlig genügende Wendung genommen hatte, hörte man von fern den Schritt des heimgekehrten Gemahls. Margarethe sprang mit Herglocken auf. „Kein Zögern mehr!“ rief sie: „Das Schicksal will schnellen Entschluß. Willkommen, Johannes Froch! Du wirst den Vater sehen!“

Sie drückte den Knaben mit wehmüthigen Gefühlen an ihre Brust und drängte Willbild mit dem Kleinen in die Kammer. Schnell trodnete sie die Thränen von ihrer Wimper, schmückte vor dem Spiegel ihr Gesicht mit freundlichem Lächeln, und erwartete müthig, wiewohl nicht ohne innere Bangigkeit, den Eheherrn, der auch nicht säumte, bei ihr einzutreten.

„Guten Abend, Margarethe!“ sprach Diether in fröhlicher Weinlaune auf die Gattin zugehend und sie in die Arme schließend. Er warf einen freundlichen Blick auf sie, und da er gewahrte, daß sie mit gleicher Freundlichkeit zu ihm aufsaß, so freute er sich deß und sagte: „Seht, liebe Ehebirthein, so gefallt Ihr mir. Das düstere Gesicht, das schon seit geraumer Zeit Euer alltägliches geworden war, hat mir viel Nachdenken verursacht. Aber wenn Eure Stirn glänzt, wie ein heller Spiegel und Euer Mund so zuckerfüß lächelt, — gerade so wie jetzt, — dann geht mir das Herz auf.“

Er küßte sie zärtlich. „Kommt, laßt uns Eins plantieren.“ fuhr er fort, und zog sie auf den gepolsterten Fensterstuh. „Es ist mir jetzt Bedürfnis, zu schwachen wie eine Elster. Gar unlieb wäre es mir gewesen, wenn ich Euch noch trübsinnig gefunden hätte, wie heute Mittag, denn ein Glas Rheinfall hat meine Seele fröhlich gemacht, und eine wohlthätigende Bottschaft ist mir zu Ohren gekommen von meinem Sohne Dagobert.“

„Welche?“ fragte Margarethe, nicht ohne Theilnahme. „Ihr seid ein wackeres Weib!“ versetzte der alte Diether, ihr die Hand drückend: „Ihr nehmt so viel Antheil an dem Jüngling, und er ist doch nur Euer Stiefsohn. Darum sagte ich ja immer, wenn mich meine Freunde und Spielgesellen aufhehen wollten gegen Euch in Schnad und Schwank: meine Grete ist ein herzliches Ehgepönd, das sich weder an meinen grauen Bart stößt, noch nach dem flaumbärtigen Stiefsohn verlangt in Unehren; und darum sollt Ihr auch jetzt wissen, daß der Dagobert glücklich und gesund zu Euch angekommen ist, wie mir — 's ist kaum eine halbe Stunde — der Stadtschreiber Heinrich von Gelnhauen berichtet hat, aber in Reitsstiefeln, gerade wie er vom Hof gestiegen, auf unsere Trübsünde Limburg kam. Der Schöffe vom Braunsfels hat ihn zurückgeschickt, um noch mehrere Schriften nachzubringen, und im Augenblicke der Abreise hat er unseren Dagobert, der gerade angekommen, begrüßt. Nicht wahr, das freut Euch, so wie mich.“

(Fortsetzung folgt.)

Verhandlung ca. 80 Hiebe bekommen haben, so wohl dafür, daß er nicht gleich eingestand, daß er die Uhr gestohlen hätte, als auch wenn er, bei der Niederschrift des Protokolls, die verlangten Antworten nachsprechend, stotterte. Was aber 80 Hiebe an einem Nachmittage zu bedeuten haben, das kann nur der in vollem Umfange ermessen, der jemals einer derartigen Prozedur beigewohnt hat. Ein rohes, gehacktes Beestück ist nicht dagegen!

Ein weiterer Fall! Herr Wessler Wehlauf vermuthet, daß sein Vög ihm Sgarren gestohlen habe. Auf Grund dieser Vermuthung wird der Vög von ihm zu 20 Hieben verurtheilt.

Am 2. Okt. 98. Vergangene Nacht wurde ich durch lauten Lärm im Gefängnis aus dem Schlafe geweckt (ca. 1/2 2 Uhr Nachts). Als die Stimmen immer lauter wurden, ging ich hinaus und sah einen Polizeigehilfen im heftigen Wortwechsel mit drei anderen Schwarzen, von denen einer so angezogen war, wie die Wags des Kanzlers Weis, die an ihren rothen Hüftentüchern erkenntlich sind. Auf mein Befragen wurde mir mitgetheilt, daß der „Governor“ (Leist) ein Weib aus dem Gefängnis holen ließe. Ich legte mich ärgerlich zu Bette, konnte aber wegen des immer mehr anwachsenden Lärms innerhalb des Gefängnisses, aus dem es wie Weibergeheul und scheltende männliche Stimmen ertönte, nicht einschlafen; ich begab mich daher auf die Veranda, wo ich schon den Kassenverwalter Hering traf. Beide sahen wir sehr, wie ein Weib unter Sträuben und Schreien von drei Schwarzen in der Richtung zum Kanzlerhause hinweg geschleppt wurde.

Um ca. 4 Uhr nochmals Lärm im Gefängnis! Am nächsten Morgen stellte ich mich, als ob ich von nichts wüßte, fragte einige Schwarze über die Ursache des Getöses in der Nacht aus und erhielt zur Antwort: The Governor wants a woman for (Der Gouverneur wünscht ein Weib...).

Unterm 25. Dezember vermerkt der Tagebuchschreiber das Ausbrechen der bekannten Soldaten-Revolte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. April.

Aus dem Reichstage. Auf der Tagesordnung standen heute, mit Ausnahme eines Punktes, nur dritte Lesungen, von denen die ersten beiden Sachen, der Handelsvertrag mit Uruguay und das Abkommen mit der Schweiz betr. den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenrecht, fast ohne Debatte durch Annahme der betreffenden Vorlagen erledigt wurden.

Dasselbe war der Fall mit der Vorlage betr. die Abzahlungsgeschäfte, mit Ausnahme der Anträge aus dem Hause, welche gelegentlich der zweiten Lesung in die Vorlage Aufnahme gefunden hatten.

Von dem Vertreter des Reichs-Justizamtes wurden Bedenken geltend gemacht gegen den neuen § 7, nach welchem dem Käufer, wenn ein schriftlicher Kaufvertrag aufgenommen wird, ein zweites gleichlautendes Exemplar ausgeliefert werden sollte. Da der Regierungsvertreter andeutete, daß bei Aufrechterhaltung dieser Bestimmung das Gesetz im Bundesrath möglicherweise abgelehnt werden würde, so stimmte nunmehr die Rechte gegen den Paragraphen, der damit fiel.

Dasselbe war der Fall mit dem Antrag Eusebius, der nicht nur den Handel mit Lotterielososen, sondern auch mit Wertpapieren unter Strafe gestellt wissen sollte.

In der Debatte sprachen der Abg. Meyer (Halle) und Lengmann gegen das Gesetz überhaupt. Letzterer setzte sich dadurch mit seinen eigenen Ausführungen bei der ersten Lesung in Widerspruch, wo er für das Gesetz gesprochen hatte. Meyer wiederholte den Leitartikel der „Voss. Ztg.“ von heute früh.

Die Schlussabstimmung über das Gesetz kann erst in einer späteren Sitzung stattfinden.

Morgen dürften bei Gelegenheit der Verathung über die Nachtragsforderungen für Romerun die neuesten Standalosa auf dem Gebiete unserer Kolonialpolitik zur Sprache gebracht werden.

Bundesrath. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde dem Antrag Preußens mit dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Frist für die Bestimmung von Ausnahmen von der in § 120 Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung über den Unterricht in den Fortbildungsschulen am Sonntag getroffenen Bestimmung, ferner der Vorlage, betreffend den Beitritt Luxemburgs und Belgiens zu der zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, den Niederlanden und der Schweiz getroffenen Vereinbarung erleichternder Vorschriften für deren wechselseitigen Eisenbahnverkehr, sowie dem Antrag des Ausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes, betr. die Aenderung des Zolltarifs die Zustimmung erteilt. Das Gesetz, betr. die Aenderung des Zolltarif-Gesetzes vom 15. Juli 1879 wurde in der vom Reichstag beschlossenen Fassung angenommen und die hierzu vom Reichstage angenommene Resolution dem Reichskanzler überwiesen.

Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk. Wie ten „Damb. Nachr.“ aus Berlin berichtet wird, werden im Reichsamt des Innern die Arbeiten zur Vorbereitung des Gesetzes der kaiserlichen Verordnung, welche die Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk einzuführen bestimmt sein werden, eifrig gefördert. Mit den Vertretern eines großen Theiles der bei den Ausnahmebestimmungen auf Grund des § 106d der Gewerbe-Ordnung in Betracht kommenden Berufszweige haben die in Aussicht genommenen Konferenzen abgehalten werden können, mit anderen stehen dieselben für nahe Zeit bevor, so mit den Vertretern der Papier- und Papierverarbeitungs-Industrie. Man hofft in nicht allzuferner Zeit in diesen Konferenzen einen Abschluß eintreten lassen zu können, was umso eher möglich sein dürfte, als es sich herausgestellt hat, daß für den einen oder den anderen Industriezweig die Einberufung von Sachverständigen der Praxis nach Berlin nicht nöthig sein wird. Man ist ziemlich sicher, daß der Bundesrath vor Sommeranfang das allerdings außerordentlich umfangreiche Material zur Ausführung des § 106d der Gewerbe-Ordnung aufgestellt erhalten haben wird. Danach scheint die Annahme sich zu stellen zu sollen, daß die Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk mit dem 1. Januar 1895 in Kraft treten können.

Höchste Zeit wäre es allerdings, daß endlich die Sonntagsruhe-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1891 am 1. Januar 1895 in Kraft treten.

Der Sonntagsunterricht in den Fortbildungsschulen. Der von Preußen im Bundesrathe eingebrachte Gesetzentwurf über die Verlängerung der Frist für die Bestimmung von Ausnahmen von der in der Gewerbeordnung

über den Unterricht in den Fortbildungsschulen am Sonntag getroffenen Bestimmungen, mit dem sich der Bundesrath heute beschäftigt wird, lautet:

Die im § 120 Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung festgesetzte Frist, innerhalb deren die Zentralbehörden für bestehende Fortbildungsschulen, zu deren Besuch keine Verpflichtung besteht, Ausnahmen von der daselbst über den Unterricht am Sonntag getroffenen Bestimmung gestatten können, wird bis zum 1. Oktober 1897 erstreckt.

Zum Lotterie-Untwesen in Preußen. Das Haus der Abgeordneten hat in seiner Sitzung vom 27. Februar vorigen Jahres beschlossen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage der Monarchie im nächsten Jahre eine Fortführung der vom Jahre 1880 bis 1885 ausgenommenen Statistik über die Privatlotterien in dem bisherigen Umfange bis zum Jahre 1893 vorzulegen.

Diese Statistik liegt nun vor. Nach derselben wurden in der Zeit vom 1. Januar 1885 bis Ende 1893 5441 Geldlotterien und Auspielungen genehmigt, die selben bestanden aus 56 461 300 Loosen mit einem Spielkapital von 140 880 500 Mark, denen bloß ein Gesamterwerb der Gewinne im Betrage von 78 539 800 M. gegenüberstand, so daß derjenige, der ein Loos im Werthe von einer Mark kaufte, die glänzende Aussicht hatte, knapp 54 1/2 Pfennig zu gewinnen. 3020 dieser Lotterien dienten wohlthätigen Zwecken, zu denen auch der Bau von Schulen und Krankenhäusern gerechnet wird, 1652 dienten zur Unterstützung der Landwirtschaft, 276 gewerblichen Zwecken, 223 Kirchenbauten und sonstigen kirchlichen Zwecken und 223 anderen Zwecken.

Diese Zahlen zeigen, in wie hohem Maße unter dem Schutze und mit besonderer behördlicher Genehmigung des preussischen Staates, der freilich selbst Lotterien-Unternehmer ist, die Spielsucht befördert wird. Die Ausrottung des Lotteriespiels jeder Art ist im Interesse der Volksmoral zu fordern. Freilich von einem Staate, der aus Lotterien Gewinne und Steuern zieht, dies zu verlangen wäre naiv. Deshalb muß der Staat bekämpft werden, der solches duldet und treibt.

Die Währungs-Enquetekommission ist heute wieder zusammengetreten.

Der Brief Lieber's hat die nationalliberalen Genossen mit unbändiger Freude erfüllt. Als ob er etwas enthielte, das wir nicht längst gewußt hätten! Daß das Centrum nach Aufhören des Kulturkampfes allmählich auseinanderfallen würde, verstand sich von selbst, und das einzige, worüber wir uns wundern können, ist, daß der Zerfall nicht schon weitere Fortschritte gemacht hat. Unter allen Umständen sieht aber in dem zerfallenden Centrum noch jeztmal mehr Kraft, als in den impotenten Resten dessen, was einst sich stolz die „Nationalliberale Partei“ nannte.

Beiläufig ist die Lieberei zunächst ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Das Centrum hat in einer Fraktionsitzung die Sache „beigelegt“, und alle sind wieder „ehrenwerthe Leute“ — ja „ehrenwerthe Leute“.

Endlich! Der Staatssekretär des Reichs-Fostamts hat verboten, daß künftighin in Beamtenkreisen Sammlungen vorgenommen werden, um Vorgesetzten oder Kollegen bei Festlichkeiten Geschenke oder anderweitige Anwendungen zu machen. Den Postbeamten wird diese Bestimmung gegenwärtig durch Mundschreiben zur Kenntniß gebracht. Der „Vorwärts“ hatte diese Unsitte mehrfach zur Sprache gebracht.

Für das „Volk“. Das Stöder'sche „Volk“ enträufelt sich weidlich über die Sozialdemokratie, die nach Aussage des Innungsmeisters Voh aus Hamburg die Gewerbetrichter aus der Arbeiterklasse terrorisire. Nach dem „Hamburger Echo“ verhält sich aber, was sich jeder Vernünftige selbst sagen muß, die Sache ganz anders. Unser Bruderorgan schreibt:

Wir würden auch die Unklaffungen des Herrn Innungs-Obermeisters mit Stillschweigen übergehen haben, wenn nicht eine Praktisirung seiner Unklaffungen gegen unsere Partei versucht würde und wenn seine Angaben nicht unrichtig wären. Seine Jubelrufe riefen zu seiner Unklaffung ein empörendes „Hört! Hört!“ Sie fanden offenbar unter dem Eindruck, als ob in Hamburg vor dem Gewerbegericht unter dem Druck unserer Partei im Sinne der Arbeiterpartei Recht gesprochen werde und als ob die Partei solche Weisheit des Gewerbegerichts, welche sich dem Annehmen, das Recht zu beugen, nicht fügen wollen, aus dem Gerichte zu verdrängen suche.

Das ist eine schwere Beleidigung unserer Partei, gegen die wir hier entschieden Protest einlegen. Sie ist um so schlimmer, als die angeführten Thatsachen unwarhaft sind. Wir haben uns an verschiedenen Stellen, welche über alle Vorkommen im Maurerfachverein (bez. Verband) genau unterrichtet sind, erkundigt und es ist uns übereinstimmend versichert worden, daß die Angaben des Herrn Obermeisters Voh auf Erfindung beruhen. Wir wollen annehmen, daß Herr Voh leichtgläubig ihm zugelegene Unwahrheiten für bare Münze genommen hat; man glaubt vom Gewerbe ja so gern das Schlimmste, zumal wenn man sieht, wie dieser Gegner lebenskräftig wächst, während die eigene Sache in trostlosen Niedergange begriffen ist.

Bei einigen Nachdenken hätte Herr Voh sich übrigens selbst sagen können, daß die ihm zugelegene Nachricht wenigstens äußerst unwahrscheinlich klingt. Er ist selbst Mitglied des Hamburger Gewerbegerichts und weiß sehr genau, daß bei den Verhandlungen die Weisheit keineswegs immer, ja nicht einmal in den meisten Fällen dem Verufe der streitenden Parteien angeht. Kann nun der Maurer-Fachverein sich auch nur einfallen lassen, zu beschließen, wie die Vertreter anderer Verufe in irgend einer bestimmten Streitfrage entscheiden sollen? Ein solcher Beschluß wäre doch gar zu dumm. Und Herr Voh sollte doch nachgerade die Hamburger Arbeiter genügend kennen, um ihnen eine solche Dummheit nicht zuzutrauen.

Und nun gar die Partei soll an die Gewerbegerichts-leistungen, welche gegen den Beschluß des Fachvereins entschieden haben sollen, die Aufforderung haben ergehen lassen, zurückzutreten. Diese Angabe ist ebenfalls absolut unwarhaft. Eine solche Aufforderung ist von der Partei niemals ergangen und wird niemals ergehen. Die Partei mischt sich grundsätzlich nicht in solche Privatangelegenheiten; sie achtet aber auch die Unparteilichkeit der Richter viel zu hoch, um an eine solche Beeinflussung der im Gewerbegericht Recht sprechenden Genossen auch nur denken zu können. Wir wollen Herrn Voh übrigens verrathen, daß der Obermeister der Schlofferinnung und frühere Präses der Gewerbeammer, Herr Ed. Schmidt, schon vor Jahren gegenüber einem bekannten Genossen die besondere Unparteilichkeit der sozialdemokratischen Mitglieder des damaligen Gewerblichen Schiedsgerichts rühmend hervorgehoben hat.

Wir erwarten, daß Herr Obermeister Voh entweder den Bericht der „Kreuz-Zeitung“ öffentlich für falsch erklärt, oder seine Behauptungen zurücknimmt. Andernfalls fordern wir, daß er sie mit Beweisen belege: Genau wann und wo etwas Wahres geschehen und wer die betreffenden Personen sind, an welche die angeblige Aufforderung ergangen ist. Das dürfte ihm freilich sehr schwer werden, weil man nicht beweisen kann, was nicht geschehen ist. Vielleicht werden aber dann seine Arbeiter-Kollegen im Gewerbegericht, die durch seine Angaben unter einen beschimpfenden Verdacht gerathen sind, ein Wortlein mit ihm reden.

„Doch zu Hart“ ist es der „Vossischen Zeitung“, daß der „Tropenkoller“ unserer „edelsten“ afrikanischen Kulturträger auch an „Weißen“ sich bethätigt. Daß die „Schwarzen“ als „werthloser Körper“ — vile corpus — den Experimenten der Buttholler-Befessenen preisgegeben sind, das findet „Tantchen Voh“, die sich einst liberal und fortschrittlich nannte, ganz in der Ordnung.

Einkommensteuer in Bayern. Herr v. Riedel, dem für indirekte Steuern so begeisterten bayerischen Finanzminister, ersuchen nun die von einigen Liberalen unterstützten Ultramontanen des Wirtschaftsausschusses der bayerischen Abgeordnetenkammer die Frage der Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer eingehend zu prüfen und dem Landtage baldmöglichst den Entwurf eines solchen Gesetzes, ergänzt durch eine Vermögenssteuer, vorzulegen. Der Minister will, nach der „Frankfurter Zeitung“, aber diese Einkommensteuer vorläufig nur als Ergänzungsteuer neben den bestehenden Steuern einführen, bis man genauer sehe, um dann die bestehenden Steuern allmählich zu beseitigen. Bis jetzt scheint die Mehrheit gegen diesen Weg.

Hamburgische Steuerreform. Die Hamburgische Bürgerschaft hat die Erhöhung der Erbschaftsteuer zur theilweisen Deckung des Defizits mit 75 gegen 51 Stimmen angenommen. Eine zweite Lesung ist erforderlich.

Nach der Verathung der Erbschaftsteuer begann die Bürgerschaft die Verathung über den Zuschlag zur Einkommensteuer. Mit 77 gegen 48 Stimmen wurde ein Antrag Joh. Halben angenommen, welcher eine andere Scala vorschlägt. Der Ertrag der Steuer würde nach dieser Scala etwas höher sein als nach der von dem Ausschuss beantragten. Der Antrag Halben muß noch in zweiter Lesung beraten werden. Ein Amendement Segelke, die Stadt Cuxhaven von dem Steuerzuschlag freizulassen, wurde abgelehnt. Die Firmensteuer wurde ohne Debatte abgelehnt. Der Schlussantrag des Ausschusses, daß der Senat sobald als möglich bei der Bürgerschaft die Aenderung des bestehenden Einkommensteuer-Gesetzes beantragen solle, durch welche eine Steigerung des Steuerertrages unter weiterer Entlastung der Familienverhältnisse in den unteren Steuerstufen herbeigeführt würde, wurde angenommen.

Brauntweinhandel auf der Nordsee. Die Auswechslung der Ratifikation des internationalen Abkommens gegen den Brauntweinhandel auf der Nordsee hat heute zwischen Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Dänemark und England stattgefunden.

Ungarn. Die Regierungsvorlage betreffend die obligatorische Zivilehe wurde mit 271 gegen 106 Stimmen, also mit einer Majorität von 165 Stimmen im Allgemeinen zur Grundlage für die Einzelberatung angenommen.

Das schweizerische Anarchistengesetz ist nunmehr von beiden Räthen in übereinstimmender Fassung angenommen worden. Dasselbe kann, falls keine Volksabstimmung verlangt wird, nach 3 Monaten in Kraft treten.

Keine Todesmärsche mehr — in Frankreich. Der französische Kriegsminister hat befohlen, daß vom 15. April an bis zum September kein weiterer militärischer Marsch mehr bei Tage stattfinden darf. Die Nachstunden, d. h. die Stunden zwischen Untergang und Aufgang der Sonne, müssen für die Märsche der Soldaten benützt werden.

Und in Deutschland? — **Aus Italien** liegen die folgenden Meldungen vor: Der Prozeß gegen die „Banca Romana“ wird endlich am 2. Mai vor dem Schwurgerichte in Rom zur Verhandlung kommen.

Die Kommission der Deputirtenkammer zur Verathung der finanziellen Maßnahmen beschloß heute im Gegenjah zu der Ansicht des Finanzministers Sorvino, die Frage des Notenumlaufs von den finanziellen Maßnahmen zu trennen und den Bericht über letztere der Kammer am Sonntag vorzulegen, den Bericht über die Frage des Notenumlaufs aber folgen zu lassen.

Crispi wird sich wenig freuen, daß der ihm aller Voraussicht schwer kompromittirende Prozeß nicht mehr aufgeschoben werden kann und daß der Finanzanschuh sich den Regierungsvorlagen gegenüber ununterbrochen halsstarrig zeigt.

Die belgische Regierung beabsichtigt, einen Schutzzoll auf einige Getreidesorten einzuführen. Sie denkt darüber bei den durch die Pfaffenherrschaft verdiminten Bauern für die Oktoberwahlen Stimmung zu machen. Diese Pläne werden von unsern Genossen einer gebührenden Kritik unterzogen.

Die Wahlen in Holland haben zu einer großen Stimmenzerplitterung geführt, so daß bloß 60 Wahlen entschieden sind, dagegen aber 23 Stichwahlen stattfinden müssen. Bis zur Stunde sind 23 Anhänger und 37 Gegner des Wahlreformentwurfes gewählt, in 7 Wahlkreisen stoben sich bloß Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes gegenüber, so daß 30 Anhänger und 37 Gegner desselben als sicher gewählt zu bezeichnen sind. Es müßten demnach alle übrigen für die Anhänger der Wahlreform ausfallen, wenn das Ministerium mit einer Stimme Majorität aus dem Wahlkampfe hervorgehen sollte. Dies ist kaum anzunehmen. Wir hoffen morgen aus der Feder unseres holländischen Herrn Korrespondenten eine Darstellung des Wahlergebnisses veröffentlichen zu können.

Portugal erweist sich wieder einer Ministerkrise. — **In Ungarn** ist eine Ministerkrise zu verzeichnen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 13. April.

Opernhaus. Falkstaff.
Schauspielhaus. Ein Sommernachts-
traum.

Deutsches Theater. Der Zaltsman.
Berliner Theater. Maria und
Magdalena.

Festung-Theater. Madame Sans-
Gêne.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Der arme Jonathan.

Reichens-Theater. Der Maßenball.
Wallner-Theater. Geschlossen.

Neues Theater. Die Journalisten.
Central-Theater. Der neue Kurs.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazet.
Victoria-Theater. Die schöne
Melusine.

Alexanderplatz-Theater. Die
Nachtseiten von Paris.

National-Theater. Der Glöckner
von Notre-Dame.

Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger. Hierauf: Columbia.

American-Theater. Lumpen-
Susanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.

Wintergarten. Spezialitäten - Vor-
stellung.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Parodie-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

Neue freie Volksbühne.
Im **Wallner-Theater**
Sonntag, den 15., 22. und 29. April:
Die Kauhau.
Von **Erckmann-Chatrian.**

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Nur einmalige Aufführung.
Der Glöckner von Notre-Dame.
Schauspiel in 6 Bildern
von **Charlotte Birch-Pfeiffer.**
Regie: **Max Saml.**
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Volksvorstellung zu be-
deutend ermäßigten Preisen.
Homes and Julia.
Sonntag: Novität! **Um 1. Male:**
Gefährliche Waffen. Schauspiel in
5 Akten nach **Doris Frein v. Spätgen's**
gleichnamigen Roman aus dem **Ber-
liner Lokal-Anzeiger** von **Hugo Busse.**

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Letzte Woche in dieser Saison.
Jeden Abend 9 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem **Müllwinkel** (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin",
ein schon geprüftes Mädchen
Franziska Häser.
**Die Bombe, Aftersvermietherin im Müll-
winkel des "Sonnenaufgangs"**
Josephine Delicieuseur.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit. **Martin Bendix.**
Neu! Original-, "Barna" Neu!
Rusikalischer Elektro-Phantast.
Ferner u. a.:

"Direktor Hippe"
von **Martin Bendix,**
sowie **Eugen Focher, Sächsischer**
Original-Humorist.
Anfang: **Wochentags 7 1/2 Uhr.**
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Vor-Anzeige! **Sonntags, 14. April:**
Benefiz für die beliebte **Berliner**
Soubrette Josephine Delicieuseur.
Sonntag: **Verlozte Vorstellung.**

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Freitag, den 13. April 1894,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung.
Austreten sämtlicher Clowns. Der
urkomische Imitator-Clown **Mr. Ybbs.**
Das Verschwinden einer Dame u. s. w.
Außerdem: **Hippologisches Potpourri**
von 40 Pferden, vorgeführt von **Herrn**
Renz, Colmar und **der Steiger Alop,**
geritten von **Frl. Oceana Renz u. s. w.**
Zum Schluss:

Ein Künstlerfest.
Neue Einlagen. Kinderorchester.
Gr. Pracht-Feuerwerk.
Sonntags: **Benefiz für Herrn R.**
Renz u. Familie.
Fr. Renz, Direktor.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 6. Male:
Der neue Kurs.
Posse mit Gesang in 3 Akten
von **Leopold Ebn.**
Musik von **Julius Einödshofer.**
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
"Der neue Kurs".

Victoria-Brauerei.

Sühnowstraße 111—112.
Jeden Freitag und Montag:

Stettiner Sängers

Anfang
8 Uhr.
Eutree 50 Pf.
Im Vorverkauf
40 Pf.
(siehe Plakate)
Zum Schluss:
Neu!

Die Zigeunerkapelle

Benzin Gullasch.
Parodistisches Ensemble von **Meysel.**
Sonntag, den 15. April:
Letzte Sonntags-Soirée in **Sanssouci.**

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Vornehmster
Familien-Aufenthalt.
Englisch:
Gr. Theater-Vorstellung.
Austreten sämtl. Spezialitäten.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: **Sonntags 7 Uhr.**
Wochentags 20 Pf.
Sonntags 30 Pf.
R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Kelt. u. größt. Stablißem. Berl.
Täglich bei freiem Eutree
abwechslndes Programm
der österreichischen Damenkapelle
"Dittl"
in kleinrussischen Nationalkostümen.
Austreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges,
sowie Auftritten der nordamerikanisch.
Regergesellschaft **Mr. Brown.**
Sonntags Anf. 5 Uhr. Eutree 30 Pf.
3 Regeltischen. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambrius.

Adolph Ernst-Theater.

Heute:
Charley's Tante.
Schwan in 3 Akt. v. **Brandon Thomas.**
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt
von **Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.**
Musik von **Franz Roth.**
In Szene gesetzt von **Adolph Ernst.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Die
Glocke
von **Fr. v. Schiller.**
Musik von **Nomberg.**
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

Castan's Panoptikum.

Im 9. Kreise der Hölle:
Der Antich a. d. Kasernen.
Elite-Damenkapelle Austria.

Otto Naether,

Uhrmacher,
Anklamstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art
solid und preiswerth. (54172)

Zur Vermählungsfeier unseres Ge-
nossen **Moritz Mir** mit **Fräulein**
Elisabeth Wegner wünscht Glück
und Wohlergehen
29416
Nr. 3 im 1. Kreise.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden, Verwandten und
Bekanntem die traurige Nachricht, daß
mein lieber Mann, unser guter Vater
am 11. d. M., früh 4 Uhr, im vierzig-
sten Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Sonntag Nach-
mittag 5 Uhr von der Leichenhalle des
Michaelis-Kirchhofes aus statt.
Dies zeigt tiefbetrubt an 2937b
Die trauernde Wittwe nebst Kindern,
Kana Pieisch, geb. Tuschinsky.

Orts-Frankenkasse für das
Goldschmiede-Gewerbe
zu Berlin.

General-Versammlung
sämtlicher Herren Delegierten
am **Sonntags, den 21. April** cr.,
Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant
Dredener Garten, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über das Ver-
waltungsjahr 1893. 2. Bericht der
Revisoren und Antrag auf Erhellung
der Decharge. 3. Die Zentralisation
der Orts-Frankenkassen Berlins und
Umgegend. 4. Statuten-Änderung
5. Verschiedenes. 2946b
Um pünktliches und zahlreiches Er-
scheinen ersucht
Berlin, den 12. April 1894.
Der Vorstand.
H. A. C. Davidshäuser, Vorsitzender,
Deberstr. 40a, Eing. Elisabethstr. v. II.

Orts-Krankenkasse

der **Messerschmiede** etc.
Am **Sonntags, den 21. April,**
Abends 8 1/2 Uhr, findet bei **Kanaisky,**
Kosenthalerstr. 57, die

Ordnl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Bericht über die
Abnahme der Jahresrechnung. 3. Wahl
des Mandanten. 4. Beschlußfassung
über die Wahlperiode des Vorstandes.
5. Verschiedenes. 2947b
Arbeitgeber, die zuzahlen, sind hier-
mit eingeladen.
2947b
Der Vorstand.

Berein Stenographenschule.

Sonntags, den 14. April,
3. Stiftungsfest
in **Schmiedel's Pestsälen,**
Alte Jakobstraße Nr. 32.
Freunde unseres Vereins als Gäste
willkommen.
464/18 **Clausen, Zeltwerstr. 37.**

Monat.
Allen Freunden und Kollegen theile
hierdurch mit, daß ich mein Lokal
von der **Stephanstr. 37** nach **Salz-
wederstraße 15** verlegt habe.
2930b
Carl Wachstein.

Restauration, Arbeiterverf., preisw.
zu verkaufen **Großgörschenstr. 2.** (2948b)

Kaffee.

Empfehle den Genossen meine **Kolo-
nialwaaren u. Süßensrüchte, Butter,**
Käse und **Genossenschaftsbrot** billigst.
Paul Halitzky, Sorauerstr. 7.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: **Andreasstr. 23, S. pt.,** gegenüb. **Andreaspl.**
2. Gesch.: **Brunnenstr. 95,** gegenüb. **Dumboldshain**
größtes Lager Berlins. Muster-
bücher gratis. Theilzahlung ge-
stattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß
ich nicht das größte **Kinderwagen-Lager** Berlins habe.

"Korzerthaus Sanssouci"

Kottbuserstr. 4a.
Dienstag, den 17. April 1894:

8. Abonnements-Konzert

(Letztes in dieser Saison)
der **Freien Vereinigung der Zivilberufsmusiker Berlins und Umg.**
Neues gewähltes Programm. Dirigent: **G. Grass.**
— Anfang präzis 8 Uhr. —
Einzelbillets inkl. Programm 20 Pfennig an der Kasse.
Alle noch ausstehenden Abonnementskarten laufen mit diesem
Konzert ab. Nach dem Konzert:

Abschieds-Kränzchen.

Herren zahlen 30 Pf. nach. — Um zahlreichen Besuch bittet
481/8 **Der Vorstand.**

Ausstellung Italien

in Berlin
Mai—October 1894
auf dem Terrain der **West-Eisbahn**
(Stadtbahn-Station Zoologischer Garten).

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Am Freitag, den 13. April, Abends 8 Uhr, im Lokale
„**Marienbad**“, **Badstr. 35—36** (Gesundbrunnen):

Große öffentliche Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Anwendung und Bedeutung des **Sonkotts** für die **sozial-
demokratische Partei.** Referent **Reichstags-Abgeordneter Molkenbuhr.**
2. Diskussion. **Der Einberufer.**

Fachverein der Tischler.

Montag, den 16. April, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des **Herrn Ehrenberg, Annenstrasse No. 16:**

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des **Herrn Schöpke** über: **Mayr.** 2. Diskussion. 3. Ab-
rechnung, Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars. 4. Erziehung des
Vorstandes. 5. Verschiedenes.
Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen ersucht
309/10 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung

der **Maurer Berlins und Umgegend**
am **Sonntags, den 15. April, Vorm. 10 1/2 Uhr,**
in **Gründer's Lokal (früher Mundt), Köpnickestr. 100.**

Tages-Ordnung:
1. Wie feiern wir den 1. Mai? 2. Diskussion. 3. Wahl eines Dele-
gaten zur **Gewerkschafts-Kommission.** 4. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse
der **Berliner Maurer.**
Kollegen! Da die Tagesordnung eine wichtige ist, so ist es Pflicht
eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
445/15 **Der Einberufer.**

Verein der Brauerei- u. Bierverlags-Hilfsarbeiter

Berlins und Umgegend.
Große Mitglieder-Versammlung
am **Sonntags, den 15. April** cr., **Nachmittags 2 1/2 Uhr,**
in **Cohn's Festsälen (früher Norbert),**
Benthstraße Nr. 20, 1 Treppe, Industriegebäude.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den **Lohnzettel.** Referent **Kollege Schneider.** 2. Dis-
kussion. 3. Quartalsbericht und Bericht der Revisoren. 4. Innere Vereins-
angelegenheiten. 88/13
Kollegen! In dieser Versammlung wird der aufgearbeitete **Lohnzettel**
vorgelegt werden, folgedessen ist es auch eure Pflicht, **Wann** für **Wann** zu
erscheinen. — **Mitgliedsbuch** legitimirt. — Um recht zahlreiche Beteiligung
ersucht
Der Vorstand.

Die **Zahlstellen** des Vereins befinden sich: **Hauptzahlstelle** bei
Olbster, Brunnenstr. 57. Zahlstellen: 1. bei **W. Schöns, Heiner-
dorferstraße 5;** 2. bei **G. Dumort, Wilhelmshafenstraße 13;** 3. bei **G. Kuff,**
Köpnickerstr. 31; 4. bei **W. Grube, Solmsstraße, Ecke der Mariendorferstraße;**
5. bei **Wiesko, Landsberger-Allee 148;** 6. bei **A. Falter, Ballaststr. 16;** 7. bei
Hilpert, Hermannstr. 25; 8. bei **C. Haase, Charlottenburg, Spandauerstr. 19.**
NB. An diesem Tage werden die **Billets** zu unserem am **21. April 1894**
stattfindenden **Stiftungsfest** ausgegeben.
Der Vorstand.

Verein der Lithographen, Steindruckere

und **Berufsgeossen Deutschlands.** (Filiale Berlin.)
Donnerstag, den 19. April, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des **Herrn Philipp, Kosenthalerstraße Nr. 38:**

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des **Landtags-Abgeordneten Kollegen Carl Pinkan** aus **Leipzig**
über: Die **wirtschaftlichen Organisationen** früherer Jahrhunderte. 2. Jahres-
bericht und **Neuwahl** der **Verwaltung.** 3. Bericht der **Fünfer-Kommission**
über das **Resultat** der **Urabstimmung** zur **Errichtung** des **Vereinsbureaus**
4. Verschiedenes.
In Anbetracht der **wichtigen Tagesordnung** bittet um **zahlreichen Besuch**
491/14 **Die Verwaltung.**
Kollegen, welche **Mitglieder** werden wollen, haben Zutritt.

Ich bin von **Friedrichstr. 30** nach
Wilhelmstr. 20 verzogen.
Sprochst. 8—9, 4—5. 718M
Dr. A. Freudenberg.

Rechts-Bureau

Zivil- und Strafsachen
gegründet 1880.
F. Deter,
Alt-Moabit 124 1.

23955
1 Zimm., 1 Küche, sep. Korrid. v. 20 R.
2 1 25
an **W. Goltz-Strasse 10,** bei
Wilhelm Neumann.

Arbeitsmarkt.

Händler für **leichten Artikel** verlangt
Piepolit, Wörthstr. 45, v. 4 Zr.

Bier **tüchtige Schneidergesellen** verl.
W. Müldenberger, Cöpenid.
Lohn: **Paletot 10 M., Rock 9 M.,**
Jaquet 8 M. 2944b

Goldarbeiter-Behrling verl. **Cohn u.**
Kleinfeldt, Rondonierstr. 41. 2943b

Tüchtige

Schreihauer
werden für **dauernd lohnende Beschäf-
tigung** verlangt.
W. Sipperling,
Blücherstraße 1.

Der **heutigen Nummer** unseres
Blattes liegt die **gestrige Gewinn-
liste** der **preuss. Lotterie** bei.

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

80. Sitzung vom 12. April, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, Niederding.
Der Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn wird in dritter Lesung definitiv genehmigt, desgl. das Abkommen mit der Schweiz, betr. den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz. Die zu dem letzteren Gegenstand eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

In der dritten Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Abzahlungsgeschäfte bemerkt zur Generaldiskussion Abg. Meyer-Halle (fr. Bgg.), daß diese Vorlage in der Form, die sie durch die zweite Lesung erhalten hat, einen unzweifelhaften Grundlag der Billigkeit und Gerechtigkeit verleiht, nämlich den, daß beim Rücktritt vom Vertrage demjenigen, der den Vertrag erfüllt hat und weiter erfüllen will, völlige Schadloshaltung für das bereits Geleistete gewährt werden muß. Dem Käufer werde das Recht des jederzeitigen Rücktritts ohne Angabe von Gründen und ohne die Aufhebung der Verpflichtung zur Schadloshaltung des Verkäufers zugesprochen. Die Vertheilung der Schadloshaltung soll zwar berücksichtigt werden, es ist aber nicht ausgeschlossen, wie weit diese Berücksichtigung gehen soll. In dieser Form schädigt das Gesetz sogar den redlichen Abzahlungsvorkäufer. Das Gesetz ist ein durch und durch krankes, durch Amendements nicht zu kurirendes Produkt, gegen das wir in der Schlussabstimmung votiren müssen.

Abg. v. Buchta (N.) ist im Gegentheil der Meinung, daß das Gesetz durchaus gesund ist und nützlich wirken wird. Gewiß sei es noch verbesserungsfähig und die Gefahr sei ja nicht ausgeschlossen, daß frivole Käufer sich die neuen Bestimmungen zu nahe machen, um den Verkäufer zu schädigen. Aber die Veranlassung des Gesetzes liegt doch in den schweren Nachtheilen, welche die Käufer nach dem bisherigen Rechtszustande durch diese Abzahlungsgeschäfte zu erleiden hatten. Wir werden der Vorlage zustimmen.

In der Spezialdiskussion werden §§ 1-6 ohne Debatte nach den Beschlüssen zweiter Lesung genehmigt.

§ 7, in die Vorlage nach einem Antrage Lühauer-Kuer in zweiter Lesung aufgenommen, schreibt vor, daß wenn über das Geschäft eine Urkunde errichtet wird, der Verkäufer verpflichtet ist, dem Käufer eine Abschrift zu übergeben und ihm dauernd zu überlassen. Die Aushändigung soll spätestens am dritten Tage nach Stempelung stattfinden und Zuverhandlungen sollen mit Geldduße bis zu 150 M. befristet werden.

Die Abg. Kuer und Genossen beantragen heute, den § 7 dahin zu amendiren, daß eine zweite, gleichlautende, von beiden Theilen unterschriebene Ausfertigung der Vertragsurkunde auszuquantworten ist.

Staatssekretär im Reichs-Justizamt Niederding bittet das Haus, den wider Erwarten in zweiter Lesung angenommenen § 7 wieder abzulehnen. Der § 7 gehe in seiner Tragweite weit über das Gebiet der eigentlichen Abzahlungsgeschäfte hinaus und werde statt des erwarteten praktischen Nutzens nur Schwierigkeiten und Belästigungen des wirtschaftlichen Lebens zur Folge haben. Der Hinweis auf die österreichische Gesetzgebung treffe nicht zu.

Abg. Lenzmann (fr. Bp.): Meine Bedenken gegen den § 7 haben sich seit der zweiten Lesung noch erheblich verstärkt und folgerichtig auch meine Bedenken gegen die ganze Vorlage. Für die behauptete Schädigung dadurch, daß das zweite Exemplar der Urkunde nicht ausgehändigt ist, sind uns die Sozialdemokraten jeden Beweis schuldig geblieben.

Abg. Kuer (Soz.): In zweiter Lesung haben fast alle Parteien dem Antrag zugestimmt, es muß also doch ein guter Kern in ihm liegen. Die Fälle, die Käufer über den Inhalt der Urkunde geläuscht wurden, ja, daß zwei in sich verschiedene Exemplare vorhanden waren, sind wiederholt vorgekommen und deshalb haben wir den Versuch gemacht, dem durch das Gesetz entgegen zu treten. Wenn aber jetzt so schweres Geschäft dagegen aufgeführt wird, wenn gar schließlich das ganze Gesetz im Bundesrath an diesen Paragraphen scheitern könnte, so wollen wir dieses Resultat verhindern, denn wir sind der Meinung, daß an diesem Punkte das Gesetz, das wir für eine werthvolle Erregung halten, nicht scheitern darf. Wir werden daher, auch wenn § 7 fällt, der Vorlage zustimmen.

Abg. Spahn (B.) bemerkt, daß das Zentrum in zweiter Lesung gegen den § 7 gestimmt hat.

Abg. Meyer-Halle hofft, daß nach diesem Ergebnis der Debatte § 7 abgelehnt werden wird.

Abg. v. Buchta: Die Deutschkonservativen haben das Bestreben, die Vorlage zur Annahme zu bringen und werden daher heute gegen den § 7 stimmen.

Abg. v. Marquardsen (nl.) ist der Meinung, daß schon in der zweiten Lesung nur durch einen Irrthum des Bureau eine Mehrheit für den § 7 konstatirt worden ist.

Das Amendement Kuer und § 7 werden darauf abgelehnt.

Zu § 8 bemängelt Abg. Meyer-Halle, daß neben Loosen und Prämienspapieren auch (nach einem in zweiter Lesung angenommenen Antrag Enneccerus) alle sonstigen Wertpapiere vom Verkauf gegen Ratenzahlung bei 500 Mark Geldstrafe ausgeschlossen werden sollen.

Staatssekretär v. Bötticher empfiehlt ebenfalls, die Regierungsvorlage in § 8 wieder herzustellen. Der Handel mit Zinspapieren werde durch diese Einschränkung ganz ungerührt beeinträchtigt.

Abg. Singer (Soz.) weist auf das eigenthümliche Schauspiel hin, daß die Regierung an der Seite der reinen Manchesterleute kämpft und ihren bisherigen sozialpolitischen Standpunkt zu verläugern beginnt. Wenn ein Bankier in solchen Papieren mit seinen Kunden Geschäfte macht, so sind diese doch dann noch keine Abzahlungsgeschäfte, wenn der Bankier sich für seine Forderung an den Kupon bezahlt macht. Was hier getroffen wird, ist der Verkauf von Wertpapieren gegen Raten, der volkswirtschaftlich ebenso verwerflich ist, wie das Abzahlungsgeschäft in Prämienloosen.

Staatssekretär v. Bötticher: Kauf jemand für 10 000 M. Effekten und zahlt einen Theil des Kaufpreises erst zu einem späteren Termine, so fällt dieses Geschäft, wie es täglich hundertfach gemacht wird, hinfür unter den § 8 und muß verboten werden. Eine solche Beschränkung des legitimen Geschäfts können wir, können Sie nicht wollen.

Abg. Lenzmann spricht ebenfalls für die Wiederherstellung des § 8 nach der Vorlage aus, ebenso Abg. Spahn.

Abg. Meyer-Halle: Die Klage des Abg. Singer, daß die Regierung ihre sozialpolitischen Bahnen verlasse, weil sie einmal einem sozialdemokratischen Antrage nicht zustimme, scheint dem Redner etwas verfrüht.

Die Abg. v. Strumm (Rp.) und v. Buchta beantragen gleichfalls die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

§ 8 der Beschlüsse zweiter Lesung wird gegen die Sozialdemokraten abgelehnt, die Fassung der Vorlage fast einstimmig angenommen.

Die Gesamt-Abstimmung über die Vorlage wird wegen der beschlossenen Aenderungen ausgefällt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Vorlage betr. die Aenderung des § 41 der Konkursordnung. Nach dem Entwurfe soll das Vorrecht des Vermiethers im

Konkurse sich nur erstrecken auf Forderungen aus dem Miethsvertrage wegen des laufenden und des letzten Jahres vor Eröffnung des Konkurses rückständigen Miethzinses, sowie wegen anderer Forderungen aus dem Miethsvertrage, jedoch mit der Einschränkung, daß dem Vermiether Anspruch auf abgeforderte Befriedigung für solche Forderungen nicht zusteht, die er infolge Kündigung des Verwalters geltend machen kann.

Die X. Kommission hat die Vorlage unverändert angenommen.

Abg. Minteln (B.) erklärt, daß die vom Zentrum gestellten weitergehenden Anträge betr. das Vorrecht der Bauhandwerker und die Befreiung des Rentendirektors des Vermiethers zurückgezogen werden, weil sich aus den Erklärungen des Justizministers im preussischen Abgeordnetenhause ergeben habe, daß beide Materien wenigstens für Preußen noch vor dem Erlaß des bürgerlichen Gesetzbuchs eine Regelung finden werden.

Die Vorlage wird unverändert angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident schlägt vor, morgen Rechnungsvorlagen und Petitionsberichte auf die Tagesordnung zu nehmen.

Auf Antrag Kiderer wird auch der Antrag des Grafen Kanitz, betr. das Getreidemonopol, auf die morgende Tagesordnung gesetzt und zwar (nach einem Antrag Richter) an die letzte Stelle derselben.

Schluß nach 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Abgeordnetenhause.

47. Sitzung vom 12. April 1894. 11 Uhr.

Am Ministertische: Boffe und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs zur Aenderung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung und betreffend die evangelische Kirchenverfassung der acht älteren Provinzen.

Der Gegenstand wurde in der fünf Stunden währenden Sitzung nicht erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Fortsetzung der Berathung des Kirchengesetzes und Petitionen).

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags beschloß in ihrer letzten Sitzung am Mittwoch Abend, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahlen der Abgeordneten Volleurer (Wahlkreis Löwenberg) und Böhme (Wahlkreis Annaberg) für einig zu erklären. Die vom Plenum des Reichstags an die Kommission zurückverwiesenen Anträge des Abg. v. Strombeck, zum Bericht über die Wahl des Abg. Wamhof (Sachsen) wurden von der Mehrheit der Kommission abgelehnt. Mit dieser Sitzung hat die Wahlprüfungs-Kommission für diese Session ihre Thätigkeit abgeschlossen.

Parteinachrichten.

Maifeier. Die österreichische Regierung maßregelt wader darauf los und glaubt dadurch die Bewegung zu Gunsten des 1. Mai unterdrücken zu können. Der Statthalter von Böhmen gab der Reichsberger Handelskammer bekannt, daß die bei dem Staatsbetrieb angestellten Arbeiter auf eine Freigebung des 1. Mai nicht rechnen dürften. Eine eventuelle Arbeitseinstellung an diesem Tage werde nach der vollen Strenge des Gesetzes behandelt werden. — Ebenso wurde in Wien die sorben fertiggestellte erste Auflage der Maifeier-Zeitung konfisziert.

Die Ausbreitung der Sozialdemokratie nimmt von den großen Zentren aus nach dem flachen Lande zu ihren stetigen Fortgang trotz Gendarm und Waffen. So ist kürzlich erst wieder in Wallhausen, einem kleinen Ort in Thüringen, ein sozialdemokratischer Verein von den dortigen Parteigenossen gegründet worden, dem sofort etwa 20 Genossen beitraten.

Die Dortmunder Genossen haben beschlossen, dem bis zu seinem Tode treuen, stets in den ersten Reihen kämpfenden Genossen Lötke ein Denkmal zu setzen und sammeln zu diesem Zwecke eifrig Gelder.

Ist der Staatsanwalt unantastbar? Darf er ungestraft Verleumdungen gegen Angeklagte und zwar politische Angeklagte ausstoßen? Diese Fragen drängen sich einem auf, wenn man liest, daß die Privatklage, welche Genosse Hülle in Erfurt gegen den dortigen Ersten Staatsanwalt Lorenz gerichtet hat, weil er ihn (den Genossen Hülle) in öffentlicher Gerichtsverhandlung einen „gewerkschaftlichen Schraffschneider“ genannt hatte, vom Amtsgericht abgewiesen worden ist. Hülle hat darauf Beschwerde beim Landgericht erhoben. Wir sind auf den Ausgang der Sache begierig.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Kose, früherer verantwortlicher Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wurde wegen Verleumdung der sächsischen Militär-Verwaltungsbehörden, begangen durch den Artikel „Typhus in den Dresdner Ferienkolonien“ zu tausend Mark Geldstrafe kostenpflichtig verurtheilt. Genosse Kadon als Verleger und Genosse Schoenfeld als Drucker wurden freigesprochen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 12. April, Nachmittags 5 Uhr.

Nach der Dechargirung einer Anzahl von Rechnungen wird die Vorlage betr. die Regulirung der Chaussee nach Stralau von der Mühlentstraße bis Straße 45, Abth. XIV., und der Straße 46, Abth. XIV., von der Stralauer Chaussee bis zur Straße 47 berathen. Der Ausschuß will die Vorlage genehmigen. Stadtv. Sundermann beantragt Zurückverweisung an den Ausschuß, da demselben ein Lageplan nicht vorgelegen habe und es dem Redner scheint, als ob die von dem Kaufmann Koch der Stadt angebotene unentgeltliche Ueberlassung des erforderlichen Terrains keineswegs ein Geschenk für die Stadt sei, sondern bloß dem Herrn Koch eine bequeme und billige Möglichkeit schaffe, aus seinen dortigen Grundstücken werthvolles Baugrund zu gewinnen. Es sollen Parzellen ausgetauscht und von dem pp. Koch noch 10 000 M., die aber bis zum 1. Januar 1900 gestundet werden sollen, an die Stadt gezahlt werden. Diese Summe erscheint dem Antragsteller zu niedrig.

Unter Ablehnung des Antrags Sundermann wird die Vorlage genehmigt.

Die Stadtv. Friedemann und Gen. (die neue Fraktion der Linken) haben folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, in gemischter Deputation zu berathen, auf welche Weise eine frühzeitige Verlegung des Staats zu ermöglichen ist.

Dazu beantragen die Stadtv. Kott und 30 Genossen folgenden Zusatz: „und in welcher Art das Kommunal-Steuergesetz im nächsten Etatsjahr zur Ausführung zu bringen ist.“

Oberbürgermeister Belle: Der Rämmerer Maß ist krank gewesen, befindet sich zum Glück jetzt wieder in Genesung und hofft, in kurzer Zeit seine Geschäfte wieder aufnehmen zu können. Er hat den erklärlichen Wunsch, bei der Besprechung der Angelegenheit zugegen zu sein. Ich bitte die Angelegenheit deshalb heute abzusehen und auf die Tagesordnung einer der allernächsten Sitzungen zu setzen.

Der Antragsteller hat gegen die Vertagung nichts einzuwenden.

Die Angelegenheit wird für heute abgesetzt.

Im Südfriedhof der Stadt, auf der Obersee, oberhalb der Eurystraße, soll eine Doppel-Badeanstalt neu errichtet werden. Der Magistrat legt den Entwurf vor.

Stadtv. Gentig (Antifemil) bittet, daß ihm zu einem Antrage die Kraft fehlt (Heiterkeit), um die Verwendung deutscher Hölzer (große Heiterkeit) bei dem Bau; es würde dadurch zugleich größere Dauerhaftigkeit verbürgt und eine Ersparniß von 20 000 M. zu machen sein.

Der Entwurf wird genehmigt, desgleichen der Magistratsantrag, das Diensteinkommen der auf Lebenszeit angestellten Magistratsassessoren auf 4200 und von je drei zu drei Jahren um 300 M. steigend bis zum Maximum von 6000 M. zu normiren.

Die Stadtv. Lüben und Genossen beantragen, den Magistrat zu ersuchen, Vorfrage zu treffen, daß die öffentliche Straßenbesprengung, wenn es die Bitterung erfordert, auch ohne Rücksicht auf die Jahreszeit, namentlich auch schon vor dem 1. April bewirkt wird.

Stadtv. Lüben verweist auf die ungeheure Staubwolke, in welcher sich Berlin um die Zeit des Osterfestes befinden habe, ohne das gesprengt wurde. Man müsse darauf dringen, die Wiederkehr solcher abentheuerlichen Zustände zu verhindern.

Stadtsyndikus Meubring: Die Voraussetzungen dieses Antrags sind seit zehn Jahren erfüllt; die Mittel zu außerordentlichen Sprengungen stehen zur Verfügung. Am Charfreitag ist allerdings eine große Staubwolke aufgetreten. Am Morgen dieses Tages ist der Straßenreinigungsdirektor durch den Thiergarten gegangen und hat sich persönlich von dem dortigen Zustande überzeugt. Da Maß gefallen war und die Temperatur sehr wohl bis zu Frost sich erniedrigen konnte, so kam der Direktor nach Besprechung mit einem Inspektor zu dem Schluß, daß am Charfreitag nicht gesprengt werden sollte. Er hat sich allerdings verrecknet. Seit dem 25. März ist dann im Thiergarten regelmäßig gesprengt worden. Die Straßenreinigungs-Deputation wird aber überlegen, wie der Tendenz des Antrages noch weiter entsprochen werden kann.

Stadtv. Lüben ist mit dem Versprechen, daß der Magistrat sich bessern werde, sehr zufrieden, bittet aber doch um Annahme des Antrags.

Der Antrag wird angenommen.

Die Vorlage, betr. die Stütze zum Neubau eines Erziehungshauses für verwahrloste Knaben auf dem Terrain der Irrenanstalt bei Lichtenberg wird vom Stadtv. Friedemann darum beantragt, weil die vorgesehenen Holzstellen über den Kloßes angebracht werden sollen, außerdem wegen der auf 582 000 M. veranschlagten, ihm außerordentlich hoch erscheinenden Kosten. Die Stadträte Bertram und Landenstein treten diesen Bedenken entgegen, während auch Stadtverordneter Rosenow Ausschüßberathung für angezeigt hält.

Es wird demgemäß beschlossen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Lokales.

Zum Charitee-Neubau bringt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 10. April eine Notiz, die wir hier wörtlich wiedergeben. Das Blatt schreibt:

Ueber die Erweiterung der Charitee, die von uns schon oft beantwortet worden ist und längst als eine dringliche Nothwendigkeit anerkannt wird, hören wir von bestunterrichteter Seite, daß die Ministerial-Baukommission in andauernder Thätigkeit begriffen ist, um die Projekte zu prüfen, welche für den Umbau in Frage kommen. Leider muß aber zur Kennzeichnung der Situation gesagt werden: Etwas Greifbares ist bei allen Kommissionsitzungen bisher nicht erzielt worden! Es ist dies etwa nicht die Schuld einzelner Personen, sondern der gesammten Finanzlage des Staates, welcher für diese humane Aufgabe keine Mittel zur Disposition hat, so daß alle Projekte an der Geldfrage scheitern. In unterrichteten Kreisen ist man recht pessimistisch in Angelegenheit dieses Umbaus gestimmt; es wird befürchtet, daß das neue Jahrhundert noch die alte Charitee mit allen ihren Mängeln erblicken werde.

Es wird also projektirt, revidirt und superrevidirt und endlich erlangt man die Ueberzeugung, daß alle Räte umsonst und an den Bau wegen Geldmangel auf unbestimmte Zeit hinaus noch gar nicht zu denken sei, und alles beim alten bleibt. Für den Philister mag das genügen, er wird sich der höheren Einsicht fügen, wird glauben, daß die Sache sich vorläufig eben noch nicht machen läßt, seine Steuern ruhig weiter zahlen und sich langsam auf die Bewilligung neuer Mittel für eine neue Militärvorlage vorbereiten. Wir aber sagen: Das Register hat ein Loch, man hat die vox populi vergessen, die sich so laut erheben und nicht eher schweigen wird, bis sie zur suprema lex geworden und der Neubau der Charitee bereits schon in diesem Jahrhundert einige Male auf den Jahrestag seines Bestehens hat zurückschicken können.

Denn nur um einen Neubau kann es sich handeln und alle Beschäftigungsversuche, von einem Umbau oder Erweiterungsbau zu sprechen, werden sich dem zielbewußten Vorgehen der Arbeiterschaft gegenüber als vergeblich erweisen.

Man zeugt uns bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Nörgelei und sagt, wir kämen nicht mit positiven Vorschlägen; wir wollen daher einige aus der Erfahrung heraus gewonnene Vorschläge und Forderungen stellen.

Zuerst die Geldfrage. Wir appelliren nicht an den Gemeinsinn unserer „Volksvertreter“ im Abgeordnetenhause, obgleich sie ein ebenso großes Interesse an dem baldigen Zustandekommen des Baues haben sollten als das Proletariat, aber wir glauben denn doch, daß man es selbst im Lande der „Gottesfurcht und frommen Sitte“ immerhin noch als eine Schmach empfinden wird, wenn man für einen Kirchenbau 9 Millionen votirt und dann nicht laut und deutlich seine Stimme erheben sollte, wenn es sich darum handelt, den Hilflosen unter den Hilflosen — den Kranken — eine menschenwürdige Anstalt zu erbauen, in der sie Heilung ihrer Leiden erhoffen können.

Wir erinnern ferner an eine Aeußerung des Grafen Caprivi, der — obwohl nicht mehr preussischer Ministerpräsident — doch noch einigen Einfluß auf seine Kollegen vom Kultus und der Finanz ausüben dürfte: er prüfe alle Gesetze und Maßnahmen der Regierung auf die Wirkung hin, welche sie auf die Sozial-

demokratie ausüben. — Wohlau, hier ist eine solche Gelegenheit; hic Rhodus, hic salta! —

Das Geld muß vorhanden sein!
Die Baufraße hat allerdings, wie wir zugeben, ihre Schwierigkeiten, insofern, als die Frage entsteht, ob das Terrain der jetzigen Charitee groß genug ist, um darauf ein Krankenhaus errichten zu können, welches allen Anforderungen der modernen Hygiene entspricht und in gleicher Weise auch den Behrzweden dient. (Denn der Bau kann nur auf der jetzigen Stelle ausgeführt werden, weil er — um von vielen Gründen nur einen anzuführen — in Verbindung mit den anderen wissenschaftlichen Instituten bleiben muß, welche in der Nähe der jetzigen Charitee gelegen sind.)

Diese Frage ist selbst für den Fall, daß man sich für das Pavillonsystem entscheiden sollte, zu bejahen, sofern man den vorhandenen Raum zweckmäßig verwendet. Da ist zuerst der große Direktorial-Garten, von Luisen-, Schumann- und Unterbaumstraße begrenzt, welcher zu einem Teil zur Bebauung herangezogen werden kann. Ferner der Garten, welcher neben dem jetzigen Küchengebäude liegt und endlich der Gemüsegarten hinter dem sogenannten Sommergarten. Alle diese drei Gärten dürfen von den Kranken bis jetzt nicht benutzt werden, letztere erliden also keine Einbuße. Dann dürfte das sogenannte Beamtenhaus in der Luisenstr. 13 abgetragen werden und es wird dadurch die ganze Bauflucht von der Luisenstr. 13 bis zur Schumannstraße frei. Will man das letztere indessen aus Sparmaßregeln erhalten, so bleibt immerhin noch ein sehr beträchtliches Stück Bauland zur Verfügung. — Sowie in großen Zügen über die Raumverhältnisse, die wesentliche Schwierigkeiten nicht bieten dürften.

Die Dauer des Neubaus dürfte, um Unzuträglichkeiten möglichst zu vermeiden, drei Semester nicht übersteigen. Daß der Bau in dieser Zeit auszuführen ist, lehrt die Geschichte des Institutes für Infektionskrankheiten, der sogenannten Kochschen Baracken. Dieselben wuchsen s. B. beinahe aus der Erde, und der Winter, in welchem sie erbaut wurden, war ein strenger.

Die Beschäftigung und die Unterbringung der Kranken während des Neubaus dürften anscheinend größere Schwierigkeiten bereiten.

Der Bau muß aber so ausgeführt werden, daß ein Teil der Gebäude fertig gestellt wird, in den dann die Kranken zu legen sind, während der andere Teil alsdann in Angriff genommen wird. Man sehe sich also dann mit den städtischen Behörden in Verbindung, bezw. die baldige Inangriffnahme des Baues des projektierten 4. städtischen Krankenhauses und beantrage, daß in den städtischen Krankenhäusern ausnahmsweise während der Bauzeit Verläufe stattfinden dürfen; die Zustimmung, die indessen — wir wiederholen dies ausdrücklich — nur für diesen Ausnahmefall gegeben werden soll, dürfte sicher zu erlangen sein.

Durch obige Ausführungen dürfte der Weg zu einer befriedigenden Lösung gewiesen sein. An der Arbeiterschaft ist es nun, ihren gerechten Ansprüchen auf Beseitigung der menschenunwürdigen Zustände der jetzigen Charitee zum Siege zu verhelfen. Möge sie sich dieser Thatsache voll bewusst werden und in dem Kampfe für das Wohl des tranken Proletariats nicht erlahmen. Zwei Erfolge sind bereits erreicht durch unsere Presse: die Aufhebung der Station 23 und die Errichtung einer ständigen Berufs-Feuerwehr in der Charitee selbst; der Sieg muß endlich unser sein, und am Anfang des 20. Jahrhunderts muß es wie ein Märchen klingen, daß die alte Charitee mit all ihren Mängeln überhaupt hat so lange bestehen können!

Von einem Kravall, der an Landfriedensbruch freiste, weiß der arbeiterfreundliche Monitor des königlichen Polizeipräsidiums, der sich aus nicht ersichtlichen Gründen bekanntlich „Intelligenzblatt“ betitelt, seinem Wälderbüchsen Lesern zu berichten. Danach sollen streifbrevetirte Schneider, die von dem Agenten einer Stuttgarter Firma in der Nacht zum Dienstag auf dem Anhalter Bahnhof verladen werden sollten, kurz vor der Abreise gewaltsam verhaftet und in namenloser Wuth den Werder derart bedrängt haben, daß der arme Mann auf Seitenwegen nach dem Droschkenhalteplatz geführt werden mußte, von wo aus ihn dann ein bartherischer Kutscher für den doppelten Fahrpreis in Sicherheit gebracht habe.

Natürlich ist das „Intelligenzblatt“, nebst andern arbeiterfeindlichen Blättern, die ebenfalls eine derartige Schauerermär zu berichten wissen, von einem phantasiereichen Reporter in schauerlicher Weise über den Löffel barbiert worden. Die Sache ist einfach so, daß die Stuttgarter Firma Wender u. Co. — Hoflieferanten natürlich, mit der die Schneider einen Lohnkampf ausfechten, einen gewissen Herrn Martini nach Berlin geschickt hat, damit er Streikbrecher anwerbe. Der Herr Martini ist nun ein kreuzbraver Mensch, der die seltene Eigenschaft besitzt, noch Vertrauen in die schlechte Menschheit zu setzen. Um seinen Auftrag in anständiger Gesellschaft auszuführen, wandte er sich an die hiesige Agitationskommission der Schneider und mit Hilfe einiger erfahrenen Gewerkschaftler mochte es dem Herrn denn auch gelingen sein, nicht allein etwa 20 hiesige organisierte Schneider, sondern sogar noch einige Schlächter, Bäcker und andere Brüder, die von der „Oranienbude“ kamen, zu einer gemüthlichen Gesellschaft auf dem Anhalter Bahnhof zu vereinigen. Das Unglück wollte nun, daß einzig die Schlächter, Bäcker und Oranienmänner unter dem Sange „Von Dir muß ich scheiden, prächtiges Berlin“ nach Stuttgart dampften, wogegen die wirklichen Schneider ob dieses rührenden Biedes von so mächtigem Heimweh ergriffen wurden, daß sie es vorzogen, am Ort ihres bisherigen Wirkens zu bleiben. Wenn von Aerger die Rede ist, so mag dies unangenehme Gefühl einzig auf Seiten des Herrn Geschäftsbediensteten Martini gelegen haben, und dieser verdient auch insofern Anerkennung, als er taktvoll genug war, durch Einsteigen in besagte Droschke die durchaus heitere Stimmung der in Berlin zurückgebliebenen Gesellschaft nicht weiter zu stören. Sämtliche organisierten Schneider versichern, daß sie selten so ruhig und heiter geschlafen haben, wie in der Nacht, in der sich der vom „Intelligenzblatt“ so liebreizend geschilderte Landfriedensbruch abgespielt haben soll.

So, ist denn das dem Kaiser etwas Neues? Die „Volks-Zeitung“ schreibt: Der Kaiser hat nach einem unter den Beamten der Stadt- und Ringbahn umlaufenden Gerücht, das mit großer Bestimmtheit ankündigt, das Eisenbahn-Betriebsamt aufgefördert, ihm binnen 24 Stunden telegraphisch darüber zu berichten, in welcher Weise für die Hinterbliebenen der bei der Katastrophe am Savignypfad getödteten Eisenbahn-Arbeiter gesorgt werden solle. Das Eingreifen des Kaisers dürfte wahrscheinlich dazu zurückzuführen sein, daß sich bereits die Privatwohltätigkeit der unterstützungsbedürftigen Hinterbliebenen angenommen hat, zu deren Gunsten am Sonntag in den Konfordia-Festhallen in der Andreasstraße eine von verschiedenen Gesangsvereinen veranstaltete Matinee stattfand.

Wir begreifen die Mitteilung der „Volks-Zeitung“ nicht. Daß nach Katastrophen, bei denen Staatsarbeiter ihr Leben einbüßen, der Betteilhaft aus mehr oder weniger lauterer Motiven geschwungen wird, ist doch eine zu alltägliche Geschichte, als daß sie überhaupt jemand verborgen bleiben könnte. Man erinnere sich z. B. nur des Unglücksfalls auf der „Brandenburg“. Wir sind gewiß die letzten, die da wähen, ein Monarch stehe mitten in den Ereignissen des öffentlichen Lebens, aber dennoch meinen wir, daß eine Deporellöse derartig behandelt Fälle auch „höheren Orts“ nicht das mindeste Erstaunen erregen könnte. Die „Volks-Zeitung“ wird dápirt worden sein.

Hi, pass, trara, hurrah! Um die dem Publikum drohende Gefahr, durch abirende Geschosse aus den Schießständen der Hasenheide getroffen zu werden, nach Möglichkeit

abzuwenden, nimmt der Polizeipräsident jetzt wieder Veranlassung, vor unvorsichtiger Annäherung bezw. dem Betreten des Tempelhofer Exerzierplatzes und der Hasenheide zu warnen. Der Polizeipräsident meint es gewiß gut mit seinen lieben Berlinern und auch wir schließen uns seiner Warnung schon aus dem Grunde an, weil es den Bewohnern des sozialdemokratischen Berlins einfach nicht würdig ist, sich als müßige Gaffer an den millionenverschlingenden Exerzieren des herrlichen Kriegsheeres zu ergötzen und etwa von den reitenden Soldaten in unsonstiger Weise vom Platz getrieben zu werden. Sozialdemokraten hegen keinen Gefallen an solchen Schaupielen. Wohl aber ist die Frage angebracht, ob das scharfe Schießen in der Hasenheide neuerdings überhaupt nicht schon einen gemeingefährlichen Charakter angenommen hat. Berlin hat sich auch nach Süden hin so ausgedehnt, daß der Exerzierplatz beinahe gänzlich von Wohnhäusern umschlossen ist, und es gehört durchaus nicht zu den Unmöglichkeiten, daß durch ein fehlgehendes Geschöß eines Tages ein entsetzliches Unglück angerichtet werden kann. Es ist mithin dringend notwendig, daß die üblichen Exerzieren mit scharfen Geschossen, wenn sie einmal abgehalten werden müssen, nach einer Gegend hin verlegt werden, wo sie nicht das Leben friedlicher Menschen in Gefahr bringen können.

Jugenderziehung. Herr Dr. Jaksch, bekennt durch seine Vorträge auf diesem Gebiete, hielt kürzlich im Verein für gesundheitsmäßige Erziehung der Jugend einen Vortrag über das obige Thema, worin er die Bildung einer Kommission befürwortete, welche die Aufgabe zufallen soll, die körperliche Tüchtigkeit jedes einzelnen Kindes vor Eintritt in die Schule zu prüfen. Diese Untersuchungskommission, zusammengesetzt aus Ärzten, Lehrern und Vertretern der Behörden habe festzustellen das Rechtsgewicht, Maß, Knochenbau und allgemeinen Ernährungszustand des Kindes, sowie die Beschaffenheit der Sinneswerkzeuge und der Intelligenz. Als Ergänzung sei anzusehen die Prüfung der häuslichen Verhältnisse in bezug auf ausreichende Ernährung, Lehrmittel und eventuelle Beschaffung von Räumlichkeiten zur Aufrechterhaltung der Schularbeiten. Die Kommission müsse sich ebenfalls befassen mit der Dauer des Unterrichts, Einrichtung der Schulräume etc. — Die Anschaffung des Vortragenden wurde in der Versammlung lebhaft bekämpft. Einige der Redner hielten sogar die „Sittlichkeit“ für bedroht, wenn dieser Plan, wozu allerdings wenig Kustoff vorhanden ist, realisiert würde; andere hatten wieder zu viel „praktische“ Bedenken. Schließlich fand ein Antrag Annahme, der den Vorstand beauftragt, eine Kommission zu bilden, welche in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten hat. — Man braucht kein Steptiler zu sein, um die Ansicht zu vertreten, daß wahrscheinlich nicht, jedenfalls aber nicht viel dabei herauskommt wird. Man kennt ja die Fähigkeit unserer städtischen Behörden, die merkwürdig konservativ sind, sobald Fragen an sie herantreten, die den Stempel der Gemeinnützigkeit an der Stirn tragen. Neben dem sozialistischen Bazillus, den man noch zeitig genug in diesen Vorschlägen entdecken wird, läßt man die permanente Geldflemme „unserer Residenz“ nicht dagegen aufmarschieren; das sind zwei Gründe von „alldemährter“ Jugkraft. — — —

Zur Frage der Errichtung eines städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes in Berlin verläutet nach der „Pharm. Ztg.“, daß die Sache bis zur Erledigung der Einverleibungsfrage zurückgestellt worden sei. Möglicherweise sei diese Verzögerung daran Schuld, daß jetzt mit großer Bestimmtheit das Gerücht auftaucht, die Frage werde durch die städtischen Behörden erledigt werden, und zwar durch Errichtung eines staatlichen Untersuchungsamtes für die Provinz Brandenburg mit dem Sitz in Berlin. Man nenne bereits einen bekannten Chemiker in Kiel, der zur Leitung des Amtes auszuwählen sei.

Es ist nun nicht recht einzusehen, weshalb eine so wichtige Angelegenheit von der Einverleibung, also von einem Umstande abhängig gemacht werden soll, der die Erledigung der Sache noch auf viele Jahre hinausschieben kann.

Die Berliner Ausflügler werden jetzt wieder an die bestehenden Forstschuß-Vorschriften erinnert. Es sind namentlich vier Punkte zu beachten: 1. Das Anzünden von Feuer im Walde ist ohne besondere forstamtliche Erlaubnis verboten; 2. ein mit oder ohne diese Erlaubnis angezündetes Feuer darf nicht über verlassen werden, als bis es gänzlich ausgelöscht ist; 3. das Tabakrauchen aus Pfeifen ohne Deckel, das Rauchen der Zigarren und der Gebrauch der Fündbüchsen ist im Walde, mit Ausschluß der Anlagen, unterbunden; 4. verbotene Waldwege und junge Hegestrübe dürfen nicht betreten werden; das Abbrechen von grünen Laub- und Tannenzweigen ist auf grund des samofen Holzdiebstahl-Gesetzes verboten.

Werder befindet sich schon in voller Blütenpracht. So weit das Auge reicht, sieht man blühende Kirschen, Pfirsich- und Pfämenbäume. Auch der Apfel und die Birne scheiden sich an ihre Knospen zu strengen. Der Besuch Werders wird gegenwärtig durch eine Anzahl Sonderzüge erleichtert, die vom Potsdamer Bahnhof abgehen. Vom Freitag, den 13., bis Sonntag, den 22. d. M., wird der um 2³⁰ Nachmittags von hier, Potsdamer (Haupt-) Bahnhof abgehende Vorortzug bis Werder durchgeführt. Gelegenheit zur Rückfahrt von Werder bietet sich Abends um 7³⁰, 8³⁰ und 10³⁰. Die Preise für Hin- und Rückfahrt betragen 2. Klasse 2,40 M., 3. Klasse 1,60 M. Es empfiehlt sich, mit der Fahrkarte für die Hin- und Rückfahrt gleichzeitig die für die Rückfahrt zu lösen.

Offenlich beherzigen die Berliner Arbeitervereine, die nach Werder fahren, gewissenhaft die Mahnung, welche die dortigen Parteigenossen in betref der Bonlots der Vergnügungskotale vorgelesen im „Vorwärts“ erlassen haben.

Kostenlose Zwangsdesinfektion. Einen sehr vernünftigen Antrag hat der Arzt Dr. Kleist im Namen des ärztlichen Standesvereins der Luisenstadt dem Vorstand der Kerkzstammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin unterbreitet: „Der ärztliche Standesverein der Luisenstadt erklärt es für notwendig, daß die aus hygienischen Gründen eingeführte zwangsweise Desinfektion aller Wohnungen, deren Insassen von ansteckenden Krankheiten befallen gewesen sind, auf Kosten der städtischen Verwaltung und möglichst unter Kontrolle eines städtischen ärztlichen Gesundheitsbeamten angeführt werde. Der Verein spricht bei Ueberweisung dieser Erklärung gleichzeitig den Wunsch aus, daß dieselbe seitens der gerechten Kerkzstammer einer weiteren Beratung und Kommentierung unterzogen und dann dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz und den städtischen Behörden als Forderung des gesetzlichen Organs der Kerkzstammer Berlins und der Provinz Brandenburg in geeigneter Weise übermitteln werde.“

Abzuwarten bleibt, ob dieser Antrag, der bekanntlich vor einiger Zeit in ähnlicher Fassung von unsren Parteigenossen im Rothen Hause eingebracht, keine Gnade vor den Augen der liberalen Stadtvorordneten fand, jetzt auf williges Gehör rechnen kann. Daß eine zwangsweise im öffentlichen Interesse vorgenommene Desinfektion von dem Betroffenen zu bezahlen ist, ist ein Zustand der einfachst Standes gemannt werden muß.

Nacharbeit zu Ehren des allerhöchsten Gottes. Die Arbeiten am Dombau werden zur Zeit mit einem so wüthenden Eifer betrieben, daß die Dampfmaschinen selbst die Nacht hindurch gehen. Dafür können die Arbeiter zu gelegener Winterzeit einmal wieder hungern.

Der Hunger in Berlin. Ein Leser unseres Blattes schreibt uns vom Mittwoch: Soeben passire ich die Köpenickerstraße. Auf dem Steinjodel eines Hauses sitzt eine bleiche, hochwangige Gestalt — eine Jammergestalt. Sorge, Gram, Hunger und Arbeitslosigkeit haben tiefe Furchen in sein Antlitz gezeichnet und ein Frostschauer läßt meinen Körper erbeben beim Anblick dieses Elends. Er will sich erheben, sinkt aber kraftlos und

schwach wieder zurück. Nach längerem Bemühen ist ihm endlich gelungen, er wankt davon Schritt für Schritt. Mein Herz blutet. Wie gern möchte ich helfen und kann es nicht. Meinem letzten Brocken suche ich hervor und drücke ihn in die zitternde Hand. „Sind Sie krank? Hunger?“ Wie lange ohne Arbeit? Seit September! Wie heißen Sie? Richard Hettwar“, schreibt er in mein Notizbuch, Bogenstr. 2, IV. Wie mag's erst dort aussehen bei Frau und Kind?

Den Arbeitern der Lampenfabrik von Schuster u. Bär, Prinzessinnenstr. 18, wurde vergangenen Freitag eine 10prozentige Lohnreduktion angekündigt. Zur Stellungnahme gegen dieselbe kamen sie zusammen. Gegen eine Arbeitsniederlegung erklärten sich 56, für eine solche 78 Arbeiter, die übrigen der ca. 200 Arbeiter fehlten. Natürlich wurde angehtsch der Interesslosigkeit derselben von einem eventuellen Streik Abstand genommen; die Lohnreduktion wird also perfekt. Weran fehlt es den Arbeitern? Einbringlich wird es ihnen alle Tage gewredigt: an der so notwendigen Organisation. Durch ein geschlossenes Vorgehen sämtlicher Arbeiter hätte sich jedenfalls die Firma zur Zurücknahme dieser Maßregel bewegen lassen. Wer nicht hören will, der muß süßen.

Deutsche Freiheit. Der Bruder und Verleger des „Sozialist“, Ritenmacher Orunow ist am Mittwoch Vormittag verhaftet und bisher noch nicht wieder freigelassen worden.

Zwei Verbrecher, die schon seit längerer Zeit von den verschiedenen Behörden gesucht wurden, sind am gestrigen Tage durch einen glücklichen Zufall der Kriminalpolizei in die Finger gefallen. Bei einer zufälligen Revision in einer bekannten, vorwiegend von Gaunern und deren Anhang besuchten Kaffeeklappe in der Niederwallstraße bemerkten die Beamten zwei Personen, die plötzlich die Flucht ergreifen wollten. Dieselben wurden angehalten und nach der nächsten Revierwache geschafft, wo es sich herausstellte, daß dieselben identisch mit den schon längst von anderen Strafbehörden gesuchten Einbrechern August Decht und Wilhelm Dommanofsky sind. Beide wurden nach dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz befördert.

Durch Einathmen von Morphinum hat sich am Dienstag Abend um 10 Uhr die 50 Jahre alte unverheiratete Putzmacherin Emma Gassen in ihrer Wohnung, Steglitzerstr. 90, getödtet. Als Beweggrund wird langdauernde Krankheit angegeben.

Durch einen Sturz von einem Wagen der Pferde-Eisenbahn verunglückte in der letzten Nacht gegen 12 Uhr in der Königstraße vor den Kolonnaden ein bis jetzt nicht festzustellender gewesener Mann. Er wurde bewußlos durch das 14. Polizeirevier nach der Charitee gebracht, wo er anscheinend an schweren inneren Verletzungen darniederliegt und nicht vernommen werden kann.

Die Leiche eines jungen Mannes ist vorgestern Nachmittag gegen 5 Uhr unter der Dichtensteinbrücke im Thiergarten im Wasser aufgefunden worden. Er hat dunkelblondes, kurz geschnittenes Haar und einen Anzug von Schnurrbart, und trägt einen blauen Jaquetanzug. Weitere Erkennungsmerkmale sind nicht vorhanden.

Ein furchtbarer Unglücksfall, den anscheinend das moderne Baureisen auf dem Gewissen hat, ist am Mittwoch in Spandau passiert. Durch Einsturz eines Treppengerüstes hat sich auf dem unter Aufsicht des Stadtbauamts vom Maurermeister Dietrich ausgeführten Neubau der 8. Gemeindefchule in Spandau ein schwerer Betriebsunfall ereignet. Mit dem in einer Höhe von 16 Meter zusammenstürzenden Gerüst wurden sechs Maurer mit in die Tiefe gerissen; zwei erlitten nur unbedeutende Kontusionen, ein dritter eine Fußverstauchung, die drei übrigen aber wurden bewußlos und schwerlet aus den Trümmern herausgeholt. Der Weiterbau wurde sofort inhibirt und die gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Man schiebt den Unfall auf die fehlerhafte Konstruktion des Gerüstes, speziell auf den Mangel von Zwischengerüsten in den einzelnen Stockwerken.

In der Rigdorfer Messingfabrik von C. Lehmann ereignete sich am Dienstag Vormittag dadurch ein bedeutender Unglücksfall, daß von einem Stapel aufgeschichteter Kupferplatten ein beträchtlicher Theil umstürzte und auf den Arbeiter Sichelowski fiel. Der Arbeiter wurde am ganzen Körper entsetzlich zugerichtet und blutete aus mehreren Wunden. Unter seinen Kollegen in der Fabrik rief es eine begriffliche Erregung hervor, daß der Betriebsleiter nicht einmal einen Wagen zum Transport des Verunglückten herbeischaffen ließ, sondern einfach zwei Arbeiter damit beauftragte, den in Brig wohnenden Mann zu Fuß nach seiner, etwa eine halbe Stunde entfernten Wohnung zu schaffen. Der Arzt, welcher dort herbeigeholt wurde, sprach seine Verwunderung darüber aus, daß man den Verletzten in anbetrach seiner bedeutlichen Zustandes nicht sofort von der Fabrik aus nach einem Krankenhaus geschafft habe und ordnete den sofortigen Transport nach dem Urban an.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Vormittags stürzte ein beim Abbruch des Hauses Hirtenstr. 6 beschäftigter Arbeiter aus dem zweiten Stock auf die Straße hinab und erlitt schwere Verletzungen am Kopf und Arme. — Nachmittags wurde im Engelboden die Leiche eines neugeborenen Kindes und an der Dichtensteinbrücke die Leiche eines Mannes angeschwemmt. — Gegenüber der Gräberstraße sprang eine Frau, nachdem sie zuvor Karboläure getrunken, in den Landwehrkanal. Sie wurde alsbald daraus aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus gebracht. — Vor dem Hause Landwehrstr. 31 fiel Abends ein Handwerker vom Verdeck eines Omnibusses herab und erlitt eine Verletzung am Hinterkopf. — In der Nacht zum 12. d. M. fiel in der Königstraße ein Mann beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Theater.

Das Alexanderplatz-Theater ist nach manchen Jährnissen glücklich beim Schauerdrama angelangt. Am Mittwoch Abend gab man die „Nachtalen von Paris“ mit einem Erfolg zum Besten, der der Direktion Samst, welche bekanntlich in einigen Dingen neuerdings nicht besonders glücklich war, auch für die nächste Zukunft manches volle Haus sichern dürfte. Wir gönne dem Direktor dieß Glück schon aus dem Grunde von Herzen, weil nach unserer Meinung der freiwillige Humor, der sich in den Effekten der „Nachtalen“ offenbart, immer noch ein besserer Geselle ist, als der unfreiwillige, der sich z. B. in den „Arbeitslosen“ aus dem bedrückten Herzen des Autors und der Künstler wehmüthig herauszwängte. In einem Erfolg konnte es Mittwoch übrigens um so weniger fehlen, als sich die Künstler des Alexanderplatz-Theaters durchweg den an sie gestellten Anforderungen völlig gewachsen zeigten. Vor allem brachte es Fräulein Jenny Schmidt fertig, durch eine von Tragikomik wahrhaft überprübelnde Darstellung ihrer bejammernswürdigen Rolle bei den Jühdren Lachtränen hervorzuholen; die große Arie im vierten Bilde wurde von ihr mit einer Meisterkraft gesungen, die wahrhaft frappierend wirkte. Aber auch der Wäfling und Wätherich St. Andrey war bei Herrn Hummel gut aufgehoben; ebenfalls brachte Herr Luermann seinen George treffend zur Durchführung. Das zahlreich versammelte Publikum war derartig von dem Inhalt und der Darstellung des Trauerspiels hingerissen, daß es zuweilen nicht übel Lust zeigte, in höchstgelegener Person nachhelfend in den Gang der Handlung einzugreifen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Da verschiedene Veränderungen von Zahlstellen stattgefunden, so bringen wir dieselben den Kollegen hiermit zur Kenntnis. 439/7

- | | |
|---|--|
| Norden. | Westen. |
| Schönholzer- und Ruppinerstraßen-Ecke bei Raabe. | Eisenaustr. 85 bei Rosse. |
| Diedenhofer- und Treckowstraßen-Ecke bei Schmidt. | Kahlerstr. 15 bei Furchbar. |
| Fenn- und Müllerstr.-Ecke b. Kleinert. | Dießenbachstr. 31 bei Gaule. |
| Lothringersstr. 67 bei Brückner. | Alte Jakobstraße u. Hollmannstr.-Ecke bei Schubert. |
| Veteranenstr. 22 bei Petersson. | Kulmsstr. 36 bei Raumann. |
| Bernauerstr. 72. | Belle-Allianceplatz 6 bei Hilscher. |
| Thurmstr. 63 bei Kossan. | Süd-Osten. |
| Lübbeckstr. 22 bei Bugge. | Cuvrystraße 25. |
| Osten. | Ritterstr. 123 bei Stramm (Herberge). |
| Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann. | Raunynstr. 86 bei Zubeil. |
| Blumenstr. 38 bei Henke. | Grünauerstr. 3 bei Golz. |
| Frankfurter Allee 90 bei Zabel. | Wörlinger- und Sorauerstraßen-Ecke bei Volksdorf. |
| Koppenstr. 430 bei Lorenz. | Manufakturstraße u. Stalitzerstraßen-Ecke bei Kunstmann. |
| Langestr. 35 bei Meyer. | Weichenbergerstraße 16. |
| Langestr. 65 bei Tempel. | |
| Sandberger Allee 132 bei Krause. | |

Friedrichsberg, Friedrich-Karlstr. 11 bei Heinicke.
 Kummelsburg, Lirischmittstr. 40 bei Hain.
 Beiträge und Aufnahmen werden jeden Sonnabend von 8^{1/2}—10 Uhr angenommen, sowie auch täglich auf dem **Arbeitsnachweis Anwesenr. 39** part. Geöffnet von 8—12 Uhr Vormittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, Freitag bis 9^{1/2} Uhr. Fernsprech-Anschluss Amt 7. 3258. (Siehe „Soziale Uebersicht“ in heutiger Nummer.)
Die Ortsverwaltung.

Große öffentliche Versammlung der Böttcher Berlins u. Umgegend

am Sonntag, den 14. April, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Heise, Dichtenbergerstraße Nr. 21.
 Tagesordnung: 1. Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai. Sämtliche Holzarbeiter, welche nicht selbständig ihre Feier begehen und noch keinen Beschluss gefasst haben, werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Fragebogen sind am Sonnabend abzuliefern.
 Der Einberufer.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins. Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 15. April, Vormittags präzis 11 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Zwinmünderstr. 35.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom ersten Quartal 1894.
 4. Wahl eines Festkomitees. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Kistenmacher

am Sonntag, den 15. d. M., Vorm. präzis 10 Uhr, im Lokale des Herrn Volk, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Endgiltiger Beschluss über die Feier des 1. Mai. 2. Wahl einer Kommission und Verschiedenes.
 Die zum Montag sonst stattfindende Zusammenkunft der Werkstattd-Vertrauensmänner findet ihre Erledigung in dieser Versammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, für einen guten Besuch Sorge zu tragen.
 Der Vertrauensmann.

Stuckateure!

Am Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Reigmüller, Alte Jakobstraße 48a:
Große öffentliche Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Wie können wir in der heutigen Gesellschaft unsere Lage verbessern? Referent Genosse Antrick. 2. Wahl der Vertrauenspersonen. 3. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.
 Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. (Siehe Flugblatt.)
 Die Vertrauensleute.

Charlottenburg.

Sonntag, den 15. April, Vormittags 10 Uhr, im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:
Gr. öffentl. Versammlung der Zimmerer und sämtlicher Bauhandwerker.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Alfons Borchardt über: Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. — Um zahlreiches Erscheinen aller Gewerkschaften, hauptsächlich auch der Maurer, ersucht.
 Der Einberufer.

Köpenick. Köpenick. Öffentliche Versammlung

Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 15. April, Nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Schoer (Wilhelmogarten).
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die wirkliche Lage des arbeitenden Volkes im Gegensatz zu den bestehenden Klassen“. Referentin Genossin Frau A. Palm-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Einberufer.

Herren-Anzüge Paletots

nach Maß, in besten englischen und deutschen Cheviots und Fantasiestoffen.
 Zuschneider im Hause.

Holz- u. Bretterträger Berl. u. Umg.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 15. April 1894, Vormittags 10 Uhr, im „Närrischen Hof“, Admiralstraße 18c.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1894. 2. Besprechung des monatlichen Beitrages. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Außerdem ist der Genosse W. Schwarz ganz besonders dazu eingeladen.
 Der Vorstand.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Geschlossene Mitgliederversammlung

am Sonnabend, den 14. April cr., Abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstr. 83.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Generalversammlung. 2. Abrechnung des ersten Quartals. 3. Wahl des Zentralvorstandes und des Ausschusses. 4. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.

Knechtschaft und Freiheit.

Zur Aufklärung über unsere Zustände und die Ziele der Sozialdemokratie.
 Im Auftrage und unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Agitations-Kommission zu Leipzig herausgegeben von
Preis 20 Pf. Oswald Köhler. Preis 20 Pf.

Wiederverkäufern hoher Rabatt.
R. Schnabel, Dresden, Zwingerstr. 8,
 Verlag und Kolportage-Grosso-Buchhandlung.
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Schleuniger Ausverkauf

der Restbestände aus der 5982L*
J. Adler Söhne'schen Concursmasse,
 als: Teppiche, Portièren, Läuferstoffe, Möbelstoffe, Stepp- und Tischdecken, ferner ca. 1500 Fenster engl. Tüll-Gardinen und Stores, crême und weiss, der haltbarsten und modernsten Sorten werden bedeutend unter den Taxpreisen ausverkauft.
Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhause.

Frucht-Säfte

Gimbeer-, Birsch-, Johannisbeer-, Selters-, 1,30 Mk.
Eugen Neumann & Co.,
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Brunnenstr. Nr. 3.

Die Isidor Cohn'sche 7142R
Gerichtliche Konkursmasse

ist entstanden und beginnt mit dem heutigen Tage der Verkauf zu festen Taxpreisen.
Untere Räume präsentieren Damen-Mäntel, Jaquettes, Staub-Mäntel, Umhänge, Capes, Kostüme, Gloufen, Morgenröcke.
 In der ersten Etage befinden sich Schuhe und Stiefel, Herren- und Knaben-Garderoben, Teppiche.
 Verkaufsstunden werktäglich Vorm. 9—12, Nachm. 3—8 Uhr.
Die Verwaltung. Brunnenstr. Nr. 3.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*
 am biesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Roh-tabaks sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.
 2 Staud Betten (Brautbetten) bill. Grüner Weg 41, 1 Tr. links.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Valotots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Hüten, Ketten, Ringe, Ketten, Wäse, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel u. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
 Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 5794R*
127 Stalitzerstraße 127.
 Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Große Auswahl von fertigen Anzügen von 16 Mk. an, Paletots " 14 " an.
Julius Lindenbaum, Frankfurterstr. 139,
 zweites Haus an der Fruchtstraße.
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.
 Für streng reelle und prompte Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Reuth-Strasse 2.

Maisfeier-Literatur

Agitations-Schriften.

Arbeiterschuh

und Achtstundentag.
 Von Karl Rautsky.
 60 Seiten, Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Arbeiterschutzeschgebung

und ihre internationale Regelung.
 Von Paul Ernst.
 36 Seiten, Preis 15 Pfg., Porto 5 Pfg.

Für den Achtstundentag.

Von D. Zinner.
 48 Seiten, Preis 25 Pfg., Porto 5 Pfg.

Der Achtstundentag.

Von R. Seidel.
 16 Seiten, Preis 10 Pfg., Porto 3 Pfg.

Sozialistische Theaterstücke.

Die Tochter d. Staatsanwalts.

Schwank in einem Akt v. M. Regel.
 Preis 30 Pfg., Porto 3 Pfg., 10 Expl. (nützige Rollenwahl) 1,80 Mk., Porto 10 Pfg.

Wieder ein Kämpfer!

Charakterbild aus dem Arbeiterleben von B. Krause.
 Preis 30 Pfg., Porto 3 Pfg., 7 Expl. (nützige Rollenwahl) 1,80 Mk., Porto 10 Pfg.

Der 1. Mai.

Ein Bild in 3 Abteilungen.
 Von G. Friedrich.
 Preis 40 Pfg., Porto 5 Pfg., 11 Exemplare als Rollen nützig, Porto 20 Pfg.

Die Arbeitervereine haben doch eine Zukunft.

Soziales Bild in 3 Abteilungen.
 Von G. Friedrich.
 Preis 30 Pfg., Porto 5 Pfg., 12 Exemplare als Rollen nützig, Porto 20 Pfg.

Gedichte. Prologe.

Karl Hendell:
Buch der Freiheit.
 2 Bände in elegantem Umschlag.
 Preis pro Band 1,75 Mk., Porto 30 Pfg., Komplet in Prachtband geb. Mark 5,00, Porto 30 Pfg.

Trübnachtigall.

Inhalt: Stühende Wipfel (Malfestspiel).
 Preis brosch. 1,50 Mk., geb. 2,00 Mk., Porto 20 Pfg.

Poetisches Skizzenbuch.

Preis gebunden 3,50 Mk., Porto 10 Pfg.

Diorama.

Preis 3,00 Mark. Porto 20 Pfg.

Amselrufe.

Preis 2,00 Mark. Porto 20 Pfg.

Stropfen.

Preis 1,80 Mark. Porto 20 Pfg.

Aus meinem Liederbuch.

Preis 7,00 Mark. Porto 30 Pfg.

Sochfluth.

Sozialistische Zeitgedichte zum 1. Mai.
 Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Gelegenheits-Gedichte

und Prologe für Arbeiterfeste.
 Von Manfred Wittich.
 Preis 75 Pfg., Porto 10 Pfg., Gebunden 1,80 Mark. Porto 20 Pfg.

Raketen u. Leuchtflugeln.

Eine Festgabe zum 1. Mai.
 Von S. Koloßky.
 Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Bei Bezug von auswärts empfiehlt es sich, bei kleineren Bestellungen den Betrag in Geldmarken gleich beizulegen, bei größeren Aufträgen vorherige Einzahlung, um die Nachnahmekosten zu ersparen.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht.

Kammer VI. Vorsitzender: Assessor Leo. Sitzung vom 6. April.

Die Krankheit von Arbeitern als solche löst nicht ohne Weiteres ein Arbeitsverhältnis; wolle der Arbeitgeber sich auf den § 123 der Gewerbe-Ordnung stützen und einen Arbeiter trotz bestehender Kündigungsfrist ohne Kündigung wegen seiner Arbeitsunfähigkeit (Krankheit) entlassen, dann müsse die Entlassung klar und unzweideutig während der Arbeitsunfähigkeit (Krankheit) ausgesprochen werden. — In dieser, vor Monaten gefällten prinzipiellen Entscheidung hielt das Gericht bei Beurteilung eines Entschädigungsanspruches des Managierers B. fest. Der im Krenz'schen Zirkus beschäftigt gewesene B. war nach Beendigung einer Krankheit wieder in den Zirkus gekommen, aber nicht wieder eingestellt worden; seine Stellung hatte ein anderer inne. Da bei der Rückkehr und Entlassung des B. seine Arbeitsunfähigkeit gehoben war, erfolgte die Verurteilung des Beklagten Krenz zur beantragten Entschädigung von 60 M.

Diebstahl und Entwendungen berechtigen zur sofortigen Entlassung von Gewerbegehilfen, besagt die Gewerbeordnung. Ein Hinweis hierauf ist besonders angebracht mit Rücksicht auf den Missbrauch unter den Arbeitern verschiedener Gewerbe, Materialabfälle oder Kleinigkeiten an Material mit nach Hause zu nehmen. Schon öfter sind beispielsweise Klagen von Zimmerern, Maurern etc. abgewiesen worden, weil dieselben erwiesenermaßen deshalb entlassen worden waren, weil sie durch ihre Frauen „Brennholz“ ohne Erlaubnis des Bauherrn bzw. seiner Vertreter fortbringen — „entwenden“ — ließen.

Der Glasfensterarbeiter S. ist vom Direktor Krendt aus der Kronen-Bräuerei entlassen worden, weil er ein nur zehn Pfund schweres Bündel Heu — anscheinend in der Meinung, es sei erlaubt — sich angeeignet hatte, um es für sich zu verbrauchen. S. wurde klagar, er verlangte eine Lohnentschädigung wegen angeblich unrechtmäßiger Entlassung. Seine Behauptung, daß ihm die Aneignung des Heus von dazu befugter Seite erlaubt worden sei, stellte sich im Laufe der Verhandlung als irrtümlich heraus. Der Vorsitzende Leo verwies den Kläger darauf, daß sein Handeln ungesetlich gewesen, zumutete aber zugleich den Vertreter verklagter Brauereigesellschaft zu einem Vergleich, da, wie er sich ausdrückte, rein menschlich genommen, die Entlassung wegen der geringfügigen Entwendung doch hart erscheine. Der angeführte Vergleich wurde auch geschlossen und zwar folgendermaßen: Der Kläger erklärte zu Protokoll, nach erfolgter Belehrung davon überzeugt zu sein, durch sein Handeln einen gesetzlichen Grund zur Entlassung gegeben zu haben, während die Beklagte (durch den Vertreter) sich verpflichtete, dem Kläger binnen 24 Stunden 15 M. zu übermitteln.

Kammer V. Vorsitzender: Assessor Dr. Bulz. Sitzung vom 7. April.

Der Metallschleifer Wopp hatte mit dem Schleifereibesitzer Gödy einen Arbeitsvertrag geschlossen, der beide auf ein Jahr für einander verpflichtete; am 1. Mai 1894 sollte das Vertragsverhältnis sein Ende erreichen. Vor einigen Monaten glaubte Gödy einen Grund zur sofortigen Lösung seiner Beziehungen zu Wopp zu haben. Auf eine Entschädigungsklage Wopp's wurde Gödy zur vorläufigen Zahlung von 60 Mark verurteilt. Wopp stellt damals lehrerhaft in Aussicht, bis zum 1. Mai stets mit neuen Ansprüchen an ihn heranzutreten, d. h. für die Zeit, welche er trotz seiner Bemühungen bis dahin verdienstlos sein werde. Am 20. Januar, am Tage der Urteilsfällung, forderte Gödy seinen früheren Arbeiter brieflich auf, am 22. Januar, einem Montag, wieder zu ihm zu kommen und bis zum 1. Februar bei ihm zu arbeiten. Wopp hat dies nicht, worauf Gödy, vertreten durch Herrn Weigert, auf Aufhebung des Vertrages, gültig vom 22. Januar ab, klagte. Weigert begründete den diesbezüglichen Antrag damit, daß Wopp durch die Nichtaufnahme der Arbeit am 22. Januar den Vertrag zu erfüllen sich geweigert und ihn damit seinerseits gebrochen habe. Das Gericht erkannte gemäß dem Klageantrage. Damit fielen drei Entschädigungsansprüche der Beklagten und zugleich Kläger's Wopp, welche die Zeit nach dem 22. Januar betrafen; Wopp wurde damit abgewiesen.

Kammer VIII. Vorsitzender: Assessor Fürst.

Der Seifensieder Nische klagt gegen den Seifenfabrikanten John, er beansprucht Entschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung. Er giebt an, Verführer bei Beklagtem gewesen zu sein, und beantragt danach seinen Anspruch. Die Frau des kläglich und bedrücklich verfolgten Beklagten bestreitet, daß N. Verführer gewesen, ihren Behauptungen nach soll er nur Arbeiter gewesen sein. Die Beweisführung hierüber erübrigte sich infolge des Schwurs eines Zeugen, nach welchem sich Kläger damit einverstanden erklärt hat, an einem bestimmten Tage „anzuhören“, und zwar dem der Entlassung. Kläger wurde abgewiesen; die beschworene Aussage des betreffenden Zeugen mußte als der Wahrheit entsprechend betrachtet werden.

Kammer VI. Vorsitzender: Assessor Leo. Sitzung vom 9. April.

Der Zählmaschinenfabrikant K. klagt gegen die Buchdruckerei auf Verzahlung von 68 M. Kaution. Diese Summe war dem Kläger bei Aufgabe seiner Stellung in der beklagten Druckerei von seiner Kaution abgezogen worden, weil er angeblich das Geld von Kunden der Druckerei eingezogen, aber an die zuständige Stelle nicht abgeliefert hatte. Kläger behauptet, der Betrag sei zu Unrecht erfolgt, er habe an den in Frage kommenden Tagen, dem 16. und 17. August 1893, wegen Unfähigkeit garnicht gearbeitet. Einem ihm von der Druckerei gestellten Vertreter hätten bei der Abrechnung die 68 M. gefehlt, er sei somit widerrechtlich haftbar gemacht worden. Durch Vergleichung von Kontrollbüchern wird festgestellt, daß die Angabe des Klägers, er sei an den betreffenden Tagen nicht im Dienst gewesen, der Wahrheit entspricht. Der Vertreter der Beklagten erhebt nun den Einwand, Kläger sei, wie er erfahren, am 16. und 17. August 1893 entgegen seiner Behauptung nicht krank gewesen; man habe ihn in Anzeigen gesehen. Der Gerichtshof nahm von einer Beweiserhebung hierüber Abstand und verurteilte die Beklagte zur Herauszahlung der 68 Mark. Zu der Begründung wurde angeführt, es sei nicht erheblich, ob Kläger krank gewesen oder nicht. Er sei nicht erfahren, die Druckerei habe ihm den — als Zeuge geladenen, aber verschwundenen — Vertreter gestellt; wenn der Beklagten durch dessen Verschulden ein Schaden entstanden sei, könne unmöglich der Kläger dafür haftbar gemacht werden.

Der Arbeiter J. wurde mit einer Klage abgewiesen, weil, wie durch die Akten eines im Februar beantragten Prozesses erwiesen wurde, er in einem damals mit dem Beklagten geschlossenen Vergleich ausdrücklich auf alle weiteren Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis verzichtete. — Bemerkenswert ist hier, daß der Vorbehalt weiterer Ansprüche bei der Abschließung von Vergleichen in das Protokoll aufgenommen werden muß, will man das Recht auf solche nicht verlieren.

Kammer V. Vorsitzender: Assessor Bulz. Sitzung vom 10. April.

Die Arbeiterin S. verlangt vom Nähmaschinen-Fabrikanten Clausen 8 M. Restlohn. Herr Clausen legt dem Gerichtshof ein Schriftstück vor, nach welchem sich mehrere Arbeiterinnen — darunter die Klägerin — verpflichten, für die erhaltene „Weihnachts-Gratifikation“ von 8 M. — acht Mark — noch mindestens vier Monate ihre Arbeitskraft gegen den üblichen (sehr niedrigen) Lohn der beklagten Firma zur Verfügung zu stellen. Andernfalls zahlen sie, so heißt es u. a. in dem Schriftstück, die 8 M. (das Weihnachtsgeschenk) zurück. Klägerin stellt die Behauptung auf, dieser Passus habe bei Leistung ihrer Unterchrift nicht in dem Revers gestanden. Nach Vernehmung einiger der beteiligten Arbeiterinnen und eines noch in den Diensten des Beklagten stehenden Hausdieners verurteilte das Gericht den Beklagten zur Zahlung der 8 M. Ansehnend hielt es die Behauptung der Klägerin, die Verpflichtung der event. Zurückzahlung habe der unterschriebene Revers beim Unterschreiben noch nicht enthalten, infolge der Beweiserhebung für richtig. Begründet wurde das Urteil nicht.

Soziale Uebersicht.

An die Holzarbeiter in Berlin und Umgegend. (Zischler, Drechsler, Bürstenmacher u. s. w.) Kollegen! Die Gleichgültigkeit, mit der eine große Anzahl unserer Berufsgenossen unserer Organisation, dem deutschen Holzarbeiter-Verband, gegenüber stehen, veranlaßt die Ortsverwaltung der hiesigen Filiale, besonders in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse, an die Kollegen die erste Mahnung zu richten, mehr als bisher die Organisation zu fördern. Schon die letzten Vorkommnisse hier am Orte müßten jedem Kollegen zeigen, daß er gezwungen ist, gegen die Maßnahmen der Unternehmung oder deren Helfershelfer Front zu machen. Ohne der Organisation angehören ist es unmöglich etwas zu erreichen, nur diese vermag Euren gerechten Forderungen mit Rath und That zur Seite zu stehen. Da, am nochmals Kollegen, laßt diesen Appell nicht unbeachtet, sondern tretet alleamt dem Holzarbeiter-Verband bei und beweist dadurch, daß auch die Holzarbeiter Berlins sich bewußt sind, daß nur auf diese Weise eine Besserung ihrer Lage herbeigeführt werden kann.

Ausnahmen finden jeden Sonnabend Abend von 8 1/2 — 10 Uhr auf den Zählstellen, sowie täglich auf dem Arbeitsnachweis, Annenstr. 39, Telephonamt VII Nr. 3238, statt. (Siehe Annonce in heutiger Nummer.)

Aber auch an unsere Mitglieder richten wir die Mahnung, es nicht dabei bewenden zu lassen, daß sie dem Verband beigetreten sind, sondern rührige und thätige Mitglieder zu werden, indem sie die Versammlungen reger als bisher besuchen und dem § 20 (Absatz a) unseres Statutes mehr Beachtung schenken. Außerdem machen wir auf den Aufruf des Hauptvorstandes in der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ noch besonders aufmerksam und ersuchen die Kollegen, Ihre Beitrittskarte für den Streikfonds nicht zu vergessen, damit bei der nächsten Abrechnung nicht Berlin hinter anderen kleineren Zählstellen in der Ablieferung von Beiträgen für denselben zurückbleibe.

Die Ortsverwaltung der Zählstelle Berlin des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. G. Ding, Bevollmächtigter.

An alle im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter, Bürsten- und Kammmacher Berlins.

Kollegen! Die außerordentlich traurigen Verhältnisse in unserem Gewerbe veranlassen uns, an Euch mit diesem Aufruf heranzutreten, um Euch einige Thatsachen vor Augen zu führen. Wie steht es in unserem Gewerbe? Außerordentliche Arbeitslosigkeit, welche Hunderte von uns mit ihrer Familie in's Elend und in bittere Noth drängen, auf der anderen Seite wird täglich nach Feierabend gearbeitet, ja sogar die Sonntage werden zu Hufe genommen. In einer großen Anzahl von Werkstätten muß man sich sogar eigenes Werkzeug halten. Ferner machen wir auf einen der größten Schäden in unserem Gewerbe aufmerksam, nämlich auf das sogenannte Kämmermeisterthum! Studire es nicht gerade, die die Preise am meisten herabdrücken? Eine große Anzahl derselben entsteht, weil sie als Gehilfen zu wenig verdienen, um ihren Lebensunterhalt herbeizuschaffen. Im Besitz einiger Mark, kaufen sie sich 1—2 Drehbänke und stellen dann einen Gehilfen ein, um den beschriebenen Kramern Konkurrenz zu bieten; dadurch arbeiten sie bewußt oder unbewußt dem Kapitalismus in die Hände, ohne einzusehen, daß sie sich selbst dabei zu Grunde richten. Und wir, Kollegen, sind die Ausgeborenen. Betrachten wir uns um die Preise, welche in den meisten Werkstätten gezahlt werden, so finden wir, daß dieselben gewaltig gesunken sind und immer erbärmlicher werden. Wir können nicht die ganzen Verhältnisse hierin schildern, aber jeder von den Kollegen wird davon ein Lied singen können.

In Berlin ist es am notwendigsten für die Drechsler und Berufsgenossen, bessere Zustände zu erkämpfen. Daher möge doch ein jeder Leser erkennen lernen, daß sein Platz an der Seite seiner Kollegen im Holzarbeiter-Verbande ist; denkt, Kollegen, einzeln sind wir nichts, vereint alles. Darum, Arbeiter, Kollegen, geht mit uns Hand in Hand! Schließt Euch dem „deutschen Holzarbeiter-Verbande“ an!

Kollegen, eine außerordentlich wichtige Branchen-Versammlung der Drechsler findet am Sonntag, den 15. April, Vormittags Punkt 10 Uhr, bei Volk, Alte Jakobstraße 75, statt.

Kollegen, nehme sich jeder die Zeit und erachte es als seine Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ferner machen wir alle Kollegen auf den, auch von Nichtmitgliedern und Arbeitgebern unentgeltlich zu benutzenden Arbeitsnachweis des „deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ (Zählstelle Berlin), Annenstr. 39, aufmerksam. Derselbe ist geöffnet Wochentags von 8—12 Uhr Vormittags und von 3—7 Uhr Nachmittags.

Der Streik der Steinseher in Stettin dauert noch unverändert fort; es haben sich bis jetzt nur zwei Streikbrecher gefunden. Wenn der Zustand wie bisher auch weiterhin streng ferngehalten wird, dann ist der Sieg der Arbeiter gewiß.

Die Maurer Bäckeburg sind, soweit sie beim Bau der Villa der Mutter des Landespräsidenten beschäftigt waren, in einen Streik eingetreten. Sie verlangen von dem Hofmaurermeister Krenz Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Vorseitung verweigert Unterhandlungen und setzt ihre Hoffnung auf Streikbrecher. Mögen die Maurerorganisationen, namentlich die Hannover's und Westfalen-Rheinland's dafür sorgen, daß diese schöne Hoffnung zu Schanden werde.

Was die Arbeiter durch energischen Zusammenstoß durchzuführen vermögen, beweist das Resultat des kürzlich stattgehabten Lohnkampfes der Arbeiter der Ziegeleien im Göhrer Berge bei Groß-Kreuz. Der frumme Widerstand der Ziegeleiarbeiter hat zur Folge gehabt, daß die Ziegeleibesitzer von der beabsichtigten

Lohnreduktion Abstand genommen und wie im vorigen Jahre 70 Pf. für das Tausend Steine zahlen. Die Löhne sind in den letzten Jahren auch so weit heruntergegangen, daß die Arbeiter entschlossen sind, jede weitere Lohnrückerei entschieden von sich abzuweisen.

Der Streik der Arbeiter der Firma Gebrüder Brunner in Wien ist nun endgiltig vorüber. Nachdem nun auch die Gießler und Formler, welche bis jetzt im Ausstand verharrten, die Arbeit wieder aufgenommen haben. Sie haben die Arbeit mit dem stolzen Bewußtsein aufnehmen können, nicht als Besiegte, sondern als Sieger in die Fabrik einzuziehen. Alle ihre Forderungen, bis auf den Neunstundentag, und statt diesem die Vergünstigung, wenn sie ihre Arbeit beendet haben, sofort nach Hause gehen zu können und nicht wie bisher oft von zwei oder drei Uhr Nachmittags an bis sechs Uhr Abends in der Fabrik bleiben zu müssen, ohne einen Kreuzer zu verdienen, wurden ihnen bewilligt und daher kann man sagen, daß sie ihren Kampf nicht umsonst geführt haben. Auch von den anderen Branchen sind große Fortschritte errungen worden, wie Aufzahlung der Ueberstunden um 25 pCt., Lohnreduktion, teilweise sogar mehr als 10 pCt. für alle jene, welche weniger als 10 fl. verdienen, Anerkennung des 1. Mai als vollgiltigen Feiertag und noch verschiedenes Andere. Doch wurden ca. 80 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt. Bei Dittmar wurde unter den gleichen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen, doch stehen hier noch die Metallarbeiter, 44 an der Zahl, geschlossen im Streik und haben sogar noch die Forderung einer zehnprozentigen Erhöhung der Akkordsätze zu den alten Forderungen hinzugefügt. Sie sind sicher, mit ihren Forderungen durchzubringen, da von ihrer Arbeit der gesicherte Betrieb der Fabrik abhängt. Leider wurden auch bei Dittmar eine größere Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit man bis jetzt beurtheilen kann, 50 bis 60, ausgeperrt.

Unterstützungen sind daher noch immer dringend erbeten und sind zu senden an die „Arbeiter-Zeitung“, VI/1, Gumpendorferstraße 60, an den „Oesterreichischen Metallarbeiter“, IV, Gumpelgasse 12, und an das Streik-Komitee III/1, Erdbergstr. 15, Schimper's Gasthaus.

Parteiblätter werden um Abdruck ersucht.

Ein neuer Bildhauerstreik in Wien. Unsere vor kurzem angeführte Vermuthung hat sich bewahrheitet, der Streik der Wiener Bildhauer ist aufgebrochen und dürfte eine noch größere Ausdehnung erreichen und noch weit hartnäckiger geführt werden, als der vorjährige. Der Angriff geht von den Meistern aus. Sie beabsichtigen, den Gehilfen ihre Erwerbschancen des früheren Streiks, den achtstündigen Arbeitstag wieder zu entreißen. Die Meister haben den Winter dazu benutzt, sich zu organisieren und sind gewillt, die neunstündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Die Gehilfenschaft hat hingegen beschlossen, diesmal die Tischlerereien und Möbelfabriken außer Acht zu lassen und nur die Herren Bildhauerprinzipale an ihr gegebenes Wort zu erinnern, die achtstündige Arbeitszeit aufrecht zu erhalten. Eine Versammlung, welche von nahezu sämtlichen Wiener Bildhauergehilfen besucht war, beschloß einstimmig, bei allen Holzbildhauern, welche die achtstündige Arbeitszeit nicht aufrecht erhalten wollten, die Arbeit sofort einzustellen, bei den Baubildhauern den Streik partiell durchzuführen und vorläufig in den Ateliers der Hauptagitatoren für die neun Stunden die Arbeit einzustellen, was auch am 3. April geschah. Dem Streik schlossen sich alle in diesen Ateliers beschäftigten Arbeiter an. Gegenwärtig streiken 14 Werkstätten mit 62 Arbeitern. Da den Herren Tischlermeistern eine Niederlage mit Rücksicht auf den bevorstehenden Tischlerstreik nur erwünscht sein könnte, werden sie gewiß den Bildhauermeistern allen Vorschub leisten, und da die Gehilfen von einem Nachgeben durchaus nichts wissen wollen, so dürfte der Kampf ein hartnäckiger werden.

Wenn irgend einmal, so ist hier der Beweis erbracht, wie notwendig es ist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, wie überhaupt jeder Arbeiterkampf gesetzlich festgelegt sein muß. Daß durch den gewerkschaftlichen Kampf Erwerbschancen wieder verloren gehen, sobald nur im geringsten eine Veränderung der Konjunktur zu Gunsten der Arbeitgeber eintritt. Glauben die Unternehmer den günstigen Augenblick gefunden, ihre Zugewandtheit, die sie zu einer der Arbeitern günstigeren Zeit machen mußten, zurückziehen zu können, so thun sie nicht nur das, sondern versuchen es außerdem, die Arbeiterschaft noch weiter zurückzudrängen als vordem. Diese darf darum nie aus dem Auge lassen, daß es ihre vornehmste Aufgabe sein muß, auf die Gesetzgebung einen Einfluß zu erlangen. Die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung soll damit natürlich keineswegs in Zweifel gezogen werden.

Die Forderungen der Wiener Tischler, die den Unternehmern zur Bewilligung vorliegen, sind folgende: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden in allen Betrieben; 2. Abschaffung der Akkordarbeit; 3. Schaffung eines wöchentlichen Minimallohnes von 10 fl. inklusive der Feiertage; 4. Freigabe des 1. Mai und Gleichstellung desselben in Bezug auf den Minimallohn mit den übrigen Feiertagen. — Es ist kaum zu erwarten, daß die Unternehmer diese Forderungen bewilligen werden, ohne den Kampf versucht zu haben, und so dürfte der Streik wohl unvermeidlich sein.

Generalversammlung der Sattler und Tapezierer. (Berichtigung.) Genosse Voersch-Rönigberg ersucht uns, richtig zu stellen, daß er auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. nicht gegen die Kartellverträge, wie es in Nr. 71 unseres Blattes irrthümlicher Weise heißt, gesprochen habe, sondern für diese eingetreten sei.

Der Verein für Sozialpolitik hält seine diesjährige Generalversammlung am 28. und 29. September in München ab. Es ist, so heißt es in der Einladung, eine sächsisch-österreichische Sozialpolitik in Aussicht steht, die, fügen wir hinzu, sich weder in der Tendenz noch in der Taktik von ihren deutschen Kollegen irgendwie unterscheiden. Als Thematika werden genannt: 1. Die industriellen Kartelle. 2. Das ländliche Vererbungsrecht.

Freidenker. Der Kongreß der französischen Freidenker beschloß, sich der sozialistischen Organisation anzuschließen.

Wie gehart werden kann. Die Magdeburger Volksstimme veröffentlicht einen Erlaß des L. Eisenbahnbetriebsamts zu Berlin-Charlottenburg, in dem das Problem zum Theil gelöst wird. Es wird dort den Stationsvorständen der ganzen Linie die Mittheilung gemacht, daß der Herr Direktionspräsident in Erfahrung gebracht habe, daß im dortigen Bezirk viele Bahninvaliden vorhanden seien, welche gegen eine Vergütung von täglich 1 bis 1,20 M. neben ihrer Rente voranschreitend gern einen Schranken- oder Posten übernehmen würden. Nun wissen wir wenigstens, welchem löblichen Zweck die langen und kostspieligen Dienststellen der höheren Bahnbeamten gewidmet sind; Tausende werden vorausgibt, um Bahninvaliden ausfindig zu machen, die „gern“ noch 1—1,20 M. neben ihrer Rente verdienen möchten. Wie schön ist die Rente sein, wenn ein solcher Lohn als willkommene Einnahme betrachtet werden muß. Und welche Gefühle muß die Invaliden beschleichen, daß sie, die Krüppel, weil sie Krüppel, ausgeperrt werden sollen gegen diejenigen ihrer früheren Kollegen, die noch über gesunde Glieder

maßen verfügen. Die armen, elenden Unglücklichen, die im Dienste für den Staat zum Krüppel geworden, als Schmutzkonkurrenz benutzt von denselben „Bater Staat“ — das ist das Neueste auf dem Gebiete der sozialen Reform. Wir gratulieren Herrn Thielen zu seinem Sparsystem; es wird mit dazu beitragen, das herrschende System überhaupt desto schneller abzuwischen.

Hungerrevolte? In Boom (Belgien) ist, wie aus Antwerpen gemeldet wird, ein Haufen Auskündlicher in den Laden eines Kolonialwaarenhändlers eingedrungen. Sie wurden durch Gendarmen, die mit Bajonetten vorgingen, vertrieben. Also auch hier der Polizeiknüppel als Mittel gegen den Hunger, denn, daß gerade ein Kolonialwaarenladen geplündert, spricht wohl dafür, daß es den Armen an Nahrungsmitteln fehlte.

Die Vergarbeiter der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ein Telegramm von Columbus (Ohio) zufolge dahin übergeben, am 21. d. M. in den allgemeinen Ausstand einzutreten. Von welchem Erfolg oder besser Mißerfolg derselbe begleitet sein wird, dürfte wohl zur Genüge aus den Nachrichten hervorgehen, die wir kürzlich über die Zustände in den amerikanischen Kohlengebieten zu veröffentlichen in der Lage waren. Hoffentlich bleiben die Arbeiter nüchtern und lassen von ihren Generalstreik-Phantasien ab.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch, den 11. April, seine regelmäßige Versammlung im Brühning'schen Saale, Rosenthalerstr. 11-12, ab. Ueber das Thema „Massenkämpfe“ referierte der Genosse Glocke unter dem Beifall der Versammlung. Der Redner behandelte ausführlich die Geschichte der römischen Sklavenausstände sowie hieran anschließend die Kämpfe der Unterdrückten bis auf unsere Zeit. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. — Unter „Verschiedenem“ wurde die Frage aufgeworfen, aus welchen Gründen **Rauk und Hartmann** den Plakaten, welche nicht in ihrer Disziplin hergestellt sind, die schlechtesten Plätze an den öffentlichen Anschlagtafeln geben?

Der Zentralverband deutscher Maurer (Zahlstelle Berlin II) hielt am 8. April eine Versammlung ab, in der Genosse Antick einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Daraus wählte die Versammlung zu Ausschussmitgliedern die Kollegen: Silberschmidt, Mische, Hempel und Klingenberg.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter tagte am 9. April. Der Kassirer giebt der Versammlung zunächst die Abrechnung vom 1. Vierteljahr 1894. An Einnahme sind zu verzeichnen 610,40 M., der eine Ausgabe von 460,02 M. gegenüber steht, ergibt mithin einen Ueberschuß von 150,38 M. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt 784,38 M. Hieraus wurde die Abrechnung vom Massenball verlesen wie folgt: Einnahme 180 M., Ausgabe 99,30 M., Ueberschuß 80,70 M. Die Unterstützung für Gemahelge wurde hierauf von der Versammlung auf 12 M. pro Woche festgesetzt. Zur Ergänzung der Arbeitsvermittlungskommission wurden die Kollegen **Dinkler, Kleinert, Mirring** und **Anton** gewählt. Da die Bibliothek im Südost neu geregelt werden soll, werden die Bücher bis zum ersten Sonntag im Mai nicht mehr ausgegeben. Diejenigen aber, welche noch Bücher geliehen haben, mögen dieselben so bald wie möglich abgeben. Bekannt gegeben wurde noch, daß das diesjährige Sommerfest am 18. Juni in der Neuen Welt stattfindet.

Die Töpfer und Berufsgenossen hielten am 10. d. Mts. eine gut besuchte Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu den Lohnbedingungen im Gewerbe. Kollege **Thieme** knüpfte an ein zur Verbreitung gelangtes Flugblatt an und erörterte die Lage im Gewerbe. Redner behandelte die Bestrebungen der Innung, die in der Errichtung eines Innungs-Schiedsgerichts den Arbeitern die Vorteile, welche das Gewerbegericht denselben bietet, entziehen wollen. Leider sei die große Mehrheit der Kollegen schlaff und träge und müde nicht, wenn der Unternehmer sie auch noch so sehr drangsalire. Eine Besserung der Verhältnisse sei nur zu erwarten, wenn der alte Geist unter den Töpfern wieder auflebe und die Organisation wieder zur vollen Geltung komme. — Dem Referat des Kollegen **Thieme** folgte eine langwierige Spezialdiskussion über das zur Tagesordnung stehende Thema, welche zur einstimmigen Annahme folgender von **Daubert** beantragten Resolution führte:

Da in letzter Zeit das Unternehmertum, begünstigt durch die schlechte Geschäftskonjunktur und den zum größten Teile daraus resultierenden Indifferentismus der Kollegen den traurigen Muth findet, vielfältig an unserem Lohnsatz zu rütteln und ebenso den schon jetzt unzulänglichen Preis für Vereinbarungsarbeiten noch herabzudrücken, beschließt die heutige öffentliche Versammlung der Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend, hiergegen ganz energisch Protest zu erheben und es jedem Kollegen zur Pflicht zu machen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diese Zustimmung voll Entschiedenheit zurückzuweisen.

Des Weiteren beschließt die Versammlung, auf jedem angefangenen Bau aus der Mitte der dort arbeitenden Kollegen einen Vertrauensmann zu wählen, welchem es zur Pflicht gemacht wird, an jedem Sonnabend im Arbeitsnachweis zu erscheinen, woselbst er die Beiträge zu regeln und über die Verhältnisse auf seinem Bau Mitteilung zu machen hat, damit ein Gesamtüberblick über die Lage unserer Arbeit- und Lohnverhältnisse ermöglicht und im Falle irgend welcher Differenzen dem Uebel durch schleuniges Eingreifen abgeholfen werden kann.

Der Vertrauensmann **Meizer** legte im Anschluß hieran der Versammlung die Abrechnung vom Generalfonds für die Zeit vom 18. Februar bis 8. April vor. Derselbe hat folgendes Endergebnis: Einnahme 270 M. 25 Pf., übernommener Bestand 207 M. 44 Pf., in Summa 537 M. 69 Pf., Ausgabe: 114 M. 18 Pf., Ueberschuß: 422 M. 50 Pf. An Stelle des ordnungsmäßig auscheidenden Revisors **Marx** wählte die Versammlung hierauf den Kollegen **John**. Seitens der Kollegen **Kemnitz** und **John** wurde sodann folgender Antrag eingebracht: In anbetrach, daß die Schreibweise der Fachorgane beider Organisationsrichtungen, des „Bauhauwerkes“ und des „Töpfer“, die Töpferbewegung in ihrer Gesamtheit durch persönliche Streitigkeiten schädigen, spricht die heutige Versammlung den Wunsch aus, daß die betreffenden Pressekommis.-Mitglieder ihre ganze Kraft einsetzen mögen, eine derartige gebäufige Schreibweise in Zukunft zu verhindern. Dieser Antrag fand widerspruchsfreie Zustimmung seitens der Versammlung.

Bzüglich der Maiezer ist durch Beschluß einer früher stattgehabten öffentlichen Versammlung Arbeitstische beschloffen und gleichzeitig eine Kommission niedergesetzt worden zur Veranlassung des weiteren in dieser Angelegenheit. Namens dieser Kommission theilte das Kommissionsmitglied **Hagen** mit, daß dieselbe dahin übereingekommen sei, der Kollegschaft vorzuschlagen, am 1. Mai, Nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen, um auch den Frauen die Theilnahme an derselben nach Vollendung ihrer häuslichen Verrichtungen zu ermöglichen. Ferner glaubte die Kommission nicht, den Kollegen die Theilnahme an den abendlichen Veranstaltungen der Wahlvereine empfehlen zu sollen, indem sie von der Ansicht geleitet wurde, daß durch Lang und derlei Vergünstigungen nicht in geeigneter Weise demonstriert werde. Der Interessenten habe es daher auf sich genommen, für eine würdige Feier am Abend des 1. Mai Sorge zu tragen, und beauftragte **Hagen** namens der Kommission die regste Theilnahme

der Kollegschaft an dieser separaten Feier. Mit diesen Vorschlägen erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hat in Charlottenburg eine Filiale gegründet, deren erste Versammlung am 10. d. Mts. stattfand. Leider war der Besuch derselben ein wenig zahlreicher, was wohl dem Umstande zuzuschreiben ist, daß nicht alle Mitglieder den „Vorwärts“ lesen, der die Ankündigung dieser Versammlung gebracht hatte — sonstige Einladungen aber nicht ergangen waren. Fräulein **Johanna Loewenherz** sprach über „die ideale Frau“, Rednerin bemerkte, der Mann habe stets in der schickteren, demüthigen, gehorsamen Frau sein Ideal erblickt, und diese Auffassung wieder spiegelt sich in der Dichtung alter Zeiten. Daß dies so gekommen, ist erklärlich, da die Frau materiell vom Manne abhängig, und er nun als Dank Gehorsam und vollste Hingabe mit Aufopferung eigenen Willens verlangte. Heute, wo die Frau anfangs, durch Arbeit unabhängig zu werden, beginnt sich auch ein anderes Frauenideal zu bilden. Zur Diskussion sprachen zunächst **Frau Leuschner** und **Genosse Awe**. Alsdann sprach ein Herr, der wohl zufällig in die Versammlung hineingerathen war. Er theilte der Referentin mit den Worten des Unteroffiziers mit, daß sie als Fräulein durchaus nicht das Recht habe, sich in Familienangelegenheiten zu mischen. Was ihn angehe, so lebe er mit seiner Frau sehr glücklich. Die durch keinerlei Sachkenntnis beschränkten Ausführungen des delictulösen Herrn erheiterten die Versammlung ausnehmend. Doch wurde er auch ersiphaft von der Referentin und von Genossen **Gerke** abgeführt. Man erinnerte ihn daran, daß er sich bei Leuten befinde, wo bürgerliches Phrasengebrech und Heuchelei nicht verlange. Ein Vorschlag, die Versammlung der Filiale so zu regeln, daß jeden Monat eine Versammlung mit Referat und eine zweite mit Vorlesung im eigenen Kreis stattfindet, wurde dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Die Wäsche- und Kravattenarbeiter und Arbeiterinnen hatten zum 10. April eine öffentliche Versammlung einberufen, zu welcher besonders die Arbeiterinnen der Firma **S. Sternberg** und der Hauptfaktor der Fabrik, Herr **Frankfurter**, eingeladen waren. Glänzte auch der geladene Herr durch Abwesenheit, so hinderte dieser Umstand daran nichts, daß der Kollege **Hergt** alle die Mißstände in genannter Fabrik darlegte. An der Hand der Arbeitordnung zeigte der Redner die vielgerühmte Humanität des Herrn Fabrikanten. Am meisten werden die Arbeiterinnen mit Strafen belegt. Nicht etwa, daß geübte Arbeiterinnen eingestellt werden, nein, Lehrlinge sind es, die häufig einen Wochenlohn von 3 und 5 M. beziehen. Dafür sollen sie aber etwas ganz Besonderes leisten. Hieraus erklären sich die hohen Strafen, die ihnen das Jahr hindurch abgezogen werden. Wahrscheinlich, es sind läbliche Sündchen, sie betragen sich auf 35 M., 40 M., 45 M., 48 M. So hatte sich nach Berechnung die Straffsumme auf ca. 500 M. angehäuft.

Herr **Kupper**, Schneider bei der Firma **Sternberg**, dagegen war des Lobes voll über die Humanität des Herrn **Frankfurter**, auch sonst hatte er noch manche Liebenswürdigkeiten seines Chefs entdeckt, die er hier zum Besten gab. Frau **Schulz** bestätigte und ergänzte den Vortrag durch verschiedene Beispiele und forderte zum Anschluß an die Organisation auf. **Frl. Sydow** führt unter anderem einen Fall von **Köln** u. **Ellenburg** an, in dem einer 24-jährigen Kartonierin 10 M. Monatsgehalt geboten wurden; diese hatte eine alte Mutter zu ernähren und konnte dafür nicht arbeiten, trotzdem war bald darauf die Stelle durch ein 17-jähriges Mädchen besetzt. Allem die Krone setzte ein Verfahren bei Herrn **M. Ries** auf. Hier abnenniren die Arbeiterinnen auf Strafen, und zwar zahlen sie die Woche 30 Pf. Strafe, dafür können sie dann alle Tage zu spät kommen. Ebenso ungeheuerliche Strafbestimmungen förderte die Verlesung des **Vorchheimer** Arbeitskontraktes zu Tage. Bei **Gabriel** wird während der Arbeitszeit niemand heraus noch hereingelassen; die Arbeiterinnen wird der Betrag für die halbe Stunde, die sie geschwächt Sonntagends früher aufhören, prompt abgezogen, außerdem hat jede Arbeiterin wöchentlich 5 Pf. für Klofretreinen zu zahlen. Eine Unsumme von Mißständen, wie hier einige herausgegriffen, förderte die Diskussion zu tage. Allgemein wurde den Anwesenden empfohlen, sich der Organisation anzuschließen, um dann mit vereinter Kraft gegen solche nachwärtigen Zustände Front zu machen. Nunmehr gab Kollege **Hergt** den Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission und schlug vor, den Beitrag zur Erhaltung des Bureaus der Gewerkschafts-Kommission nach wie vor durch Verbreitung von Bons anzubringen. Bezüglich des 1. Mai wies er auf die letzten diebzehnjährigen Beschlüsse der Gewerkschafts-Kommission hin. Frau **Schulz** befürwortete einen Antrag, am Abend des 1. Mai eine öffentliche Versammlung mit darauf folgenden Kränzchen anzubringen. Dem stimmte die Versammlung zu.

Die Lederarbeiter Berlins und Umgegend hatten am 10. April eine gut besuchte öffentliche Versammlung, welche nach einem Vortrage des Stadtverordneten **Meyer** über die wirtschaftliche Lage der in der Hausindustrie Beschäftigten, die Gründung eines Interessenvereins diskutirte. Kollege **Heinke** wies darauf hin, wie außerordentlich die Preise in den letzten drei Jahren heruntergegangen sind, und bemerkte, daß sei die Folge davon, daß so wenig Lederarbeiter organisiert sind. In der Zentralisation nun sei der Wochenbeitrag von 25 Pf. im Verhältnis zum Verdienst zu hoch. Gleichwohl stehe er auf dem Boden der Zentralisation; die Lokalorganisation solle nur eine Art Agitationskomitee sein zur Heranziehung der Hausarbeiter. Kollege **Wilsch** bemerkte, daß in der Lederarbeit es doch nicht bloß in Berlin, sondern auch in Frankfurt a. M., Offenbach u. ganz bedeutende Hausindustrie gebe, daß daher eine Lokalvereinigung in Berlin ohnmächtig sei. Kollege **Wilsch** bringt eine Resolution ein, in welcher die Lederarbeiter aufgefordert werden, von einer Neugründung Abstand zu nehmen und sich sämtlich dem Verbands der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands anzuschließen. Kollege **Schmidt**: Diejenigen, denen die 25 Pf. zu hoch sind, daß sind die Leute, welche in den Vergünstigungsclubs sind. Diese möchten sich, nachdem sie sich in Folge der Parteistatuten moralisch gezwungen sehen, der Gewerkschaft anzugehören, für 5 oder 10 Pf. zu organisiren. In dem früheren Fachverein der Lederarbeiter wurde es schon schwer, die Genossenschaft zu unterstügen; ein Lohnkampf ist vollends mit geringen Mitteln nicht zu bekämpfen. Heute: Wenn wir im Fachverein die Hausarbeiter nicht zu uns herüber bekommen, gelingt es Ihnen im Verband sicher nicht. **Zilgner**: Zu dem vom Korredner genannten Zwecke braucht kein neuer Verein gegründet zu werden, dazu solle man sich lieber mit dem Vertrauensmann der Lederarbeiter im Verbands in Verbindung setzen. Auch **Brückner** und **Balkin** treten für Anschluß an den Verband ein. **Umann**: Der Verein soll nicht bloß für die Hausarbeiter, sondern für sämtliche in der Lederwaaren-Branchen beschäftigten Arbeiter errichtet werden; die Hausindustriellen gewinnen man schwer. An Unterstüzung soll es dem Verein fehlen: Wo bleibt dann aber das Solidaritätsgefühl. **Seeger**, selbst Hausindustrieller, meint, zur Lokal-Organisation sollten sich die Hausindustriellen hingezogen. **John**: Unter den Hausindustriellen sind nicht bloß Verheirathete, sondern auch junge Leute von 18 Jahren, die lieber in die Fabrik gehen sollten, statt für die jämmerlichen, schändlichen Löhne zu arbeiten; man sollte doch die in der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre gemachten Erfahrungen berücksichtigen, dann würde man jetzt nicht einen neuen Verein gründen. Die Diskussion wird geschlossen. Ein Verbandsmitglied erlaubt die Buchbinder, bei der Abstimmung nicht mitzusimmen. Darauf wird die Gründung eines Vereins mit großer Mehrheit beschloffen und das Bureau beauftragt, die weiteren Schritte zu thun.

Literarisches.

Das braunschweigische Volk und seine politische Vertretung. Von **Richard Calver**, Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“. Braunschweig, Verlag von A. Günther, 1894.

Troh der mit „Blut und Eisen“ errungenen Reichseinheit, ist das Deutsche Reich nichts weniger als einheitlich organisiert. Einheitslich ist nur die Tendenz, überall die Herrschaft der Besitzenden zu befestigen und vor der „Begehrlichkeit“ der arbeitenden Klassen zu beschützen. Die Verklammerung des Volkrechts wird noch gesteigert durch die Rechtsunsicherheit und zu dieser trägt vornehmlich auch die Rechtszerpitterung bei. Der Arbeiter hat nicht bloß zu fragen: was ist überhaupt unser „Recht“? sondern auch: was können wir in diesem und jenem deutschen Lande und Ländchen als unser „Recht“ beanspruchen? Arbeiten, wie die vorliegende, sind daher nicht zu unterschätzen. Sie haben nicht bloß für die Bewohner Braunschweigs selbst Werth, sondern sie sind auch ein schätzenswerther Beitrag sowohl für Jeden, der die sozialen und politischen Verhältnisse des Deutschen Reiches zum Gegenstande des wissenschaftlichen Studiums macht, als auch für den praktischen Politiker und Agitator, der sichere Grundlagen durch Schriften wie die vorliegende erhält.

Calver giebt einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der braunschweigischen Verfassung und das gegenwärtige Wahlrecht. Der braunschweigische Landtag, die „Landesversammlung“, besteht aus 46 Abgeordneten. Von diesen werden 21 von den 1814 Höchstbesteuerten und 8 von den 280 Geistlichen der evangelischen Landeskirche gewählt. Die übrigen 22 Abgeordneten gehen aus allgemeinen Bürgerwahlen hervor und erfolgt deren Wahl nach dem Dreiklassen-Wahlssystem durch Wahlmänner, die in Verbindung mit den Magistrats- und Gemeinderaths-Mitgliedern die Abgeordneten ernennen. Die 1814 Höchstbesteuerten üben ein doppeltes Wahlrecht aus; nicht nur haben sie ausschließlich 21 Abgeordnete zu wählen, sondern sie bilden auch bei den allgemeinen Wahlen als Wähler erster und zweiter Klasse die Majorität. Von den 91 284 Reichstagswählern haben überhaupt nur etwa die Hälfte das Gemeinde- und Landtags-Wahlrecht; aber auch für die 45 000 Wähler ist es eine vollständige Unmöglichkeit, auch bei vollster Einigkeit auch nur einen Abgeordneten gegen die Stimmen der kleinen Anzahl der Privilegirten durchzubringen. Die Zusammensetzung des Landtages läßt sich daher denken, und der Verfasser beleuchtet, wie sich dieselbe in der Gesetzgebung und Besteuerung auch zu gunsten der Privilegirten geltend macht.

Sehr zu beachten sind die statistischen Mittheilungen, welche auch für Braunschweig, das einen verhältnismäßig großen und wohlhabenden Bauernstand besitzt, die zunehmende Proletarisation aufweisen. Zu dieser trägt der Hauptgrundbesitzer, der Staat selbst das meiste bei. Die Zahl der Domänen betrug 1880 55, im Jahre 1892 49. Das Areal derselben stieg von 15 688 auf 18 124 Hektar, also fast um 20 pCt. Die jährliche Pachtsumme betrug 1880 874 070 M., 1892 jedoch 1 202 721 M., war also um mehr als die Hälfte gestiegen. Gewiß ein Zeichen für den Wohlstand der Landwirtschaft! Wie es mit den Arbeiterverhältnissen auf den Domänen steht, geht aus den Auszügen, welche der Verfasser aus der am 1. d. M. Enquete über die Arbeiterwohnungen giebt, hervor. Geradezu erbärmlich ist es meistens mit diesen bestellt, was die Regierung selbst zugestehen muß. Bei ihrer Fürsorge, die sie bei der Enquete betätigt, steht freilich in erster Reihe nicht das Interesse für die Arbeiter, sondern für die Pächter der Domänen, denen durch die Verbesserung der Arbeiterwohnungen von Staatswegen geholfen werden soll.

Doch wir verweisen auf die Schrift selbst. Sie bietet reiches Material und ist sorgsam und gewissenhaft gearbeitet. — y.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotäre. Das Abonnement durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepotäre pro Quartal 1,20 M., unter Kreuzband 1,80 M.

Nr. 11 vom 12. April hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Zum österreichischen Parteitag. — Die Vernehmung der Fabrik-Inspektoren in Hesse. — Die Landtagswahlen: IV. Sachsen-Weimar. — Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung. IV. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Industrie. — Vermischtes. — Literatur. — Vermögensgüter in Preußen. VI. — Die Behörden und die Arbeiter in D. reich. — Ausbeutung der Gastwirths-Angestellten durch die Stellenvermittler. — Mißlingen! — Eine Spitzelgeschichte. — Gewerkschaftliches.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. **Heinrich Braun** (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 28 hat unter anderem folgenden Inhalt:

Italienische Briefe. I. Von Prof. Dr. **Werner Sombart**. — Die hypothetische Belastung des Grundbesitzes in den Vereinigten Staaten. Von **Ministerial-Bezirkssekretär Dr. Moriz Gertl**. — Invaldität- und Mortalitätsverhältnisse der österreichischen Berg- und Hüttenarbeiter. — Eine Enquete über Haus- und Maschinenarbeit. — Rheinisch-Westfälische Kohlenindustrie. — Der X. belgische Arbeiterkongress. Von Rechtsanwalt Dr. **Emil Wandervelde**. — Kongress der österreichischen Sozialdemokratie. — Kongress der schwedischen Sozialdemokratie. — Zum internationalen Verarbeiter-Kongress.

Monatsschrift für christliche Sozialreform, Gesellschafts-Wissenschaft, volkswirtschaftliche und verwandte Fragen. Von Dr. **Jos. Scheicher**. St. Pölten. Verlag Druckerei (Franz Ghamra). 2. und 3. Heft (1. Heft konfiszirt).

Eingelaufene Druckschriften.

Unter dieser Rubrik zeigen wir sämtliche der Redaktion zugehende literarische Kräfte an. Wir bitten unsere Leser die Nennung der Schriften nicht als Empfehlung der Redaktion, sondern lediglich als Empfangsbestätigung anzusehen.

Wos aber diejenigen Erscheinungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, veröffentlichten wir, soweit dies der Raum unseres Blattes zuläßt, kritisch. Wem ein Verlagsbesitzer die Anführung der überlieferten Rezensionsexemplare in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Rezensionen des Verlags absehen zu lassen.

Kinder- und Hausmärchen von **Brüder Grimm**. 2 Bände. Preis 1,20 M.

Die Gesehant (Peau d'Ane). Fäerie in 4 Akten und 20 Bildern. Deutsch von **H. Jarsch**.

Die Minnefänigin. Komödie in 1 Akt von **Hans v. Campen-**

berg. **Gyges und sein Ring**. Tragödie in 5 Akten von **Friedr. Hebbel**.

Briefe eines Junggefallen. Stimmungsbilder. 3. Auflage.

Kleinstädte und Kleinstädten auf industriellen und gewerblichen Gebieten. Von **Dskar Ksemiffen**. Bielefeld, Verlag von August Helmich.

Vorschläge zur Verminderung der Militärkosten. Von **Dskar Ksemiffen**. Bielefeld, Verlag von August Helmich.

Deutsche Worte. Monatshefte von **Engelb. Fernerhorfer**. (3. Heft, 1894.) Wien VIII. Verlag Lungegasse 15. Leipzig, C. F. W. Best.

Der christliche Staat und seine Zukunft. Von Dr. **Ludwig Jacobson**. Berlin, N.W. 6. Verlag von C. Duncker. Preis 4 M.

Briefkasten der Expedition.

Schubel, Dresden. Ihr Inserat kostet 18 M. netto.